

Preis: € 3,00 (AT), 73. Jahrgang | Erscheinungsort: Wien. Österreichische Post AG, MZ 02Z030510 M | ACADEMIA, Lerchenfelder-Str. 14, 1080 Wien

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

12

Ängstlich, aber
nicht im Krisenmodus

18

Johanna Mikl-Leitner
im Interview

22

Giorgia Meloni —
und was nun?

UND WER MACHT DIE ARBEIT?

Gedanken über ein
europaweites Phänomen



Österreichischer Cartellverband
06 | 2022 (Dezember)



Pixel-Shot - stock.adobe.com

UND WER MACHT DIE ARBEIT?

4

„WO SIND DIE ALLE?“

Lucas Semmelmeier

7

**AB NUN GILT:
„WORK FOLLOWS LIFE“**

Wilhelm Ortmayr

Ein Jahr ACADEMIA um 15 Euro

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 15 Euro und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

9

**MANGELS PERSONAL
DAUERHAFT GESCHLOSSEN**

Wolfram Kreipl

12

**WILLKOMMEN ZURÜCK
IM BIEDERMEIER**

Wilhelm Ortmayr

17

**MUT ZUR
DE-PROFESSIONALISIERUNG**

Wilhelm Ortmayr

18

**„HEIMAT HEISST
NACH VORNE BLICKEN
UND GESTALTEN“**

Wilhelm Ortmayr

22

**DIE POST-FASCHISTIN
MUSS IN DIE MITTE RÜCKEN**

Herbert Dorfmann

26

**DER PROPHET
UND DAS EIGENE LAND**

Gerhard Jandl

29

**DIE EROSION DES
VERTRAUENS**

Herbert Kaspar

30

REZENSIONEN

LIEBE LESER!

„A G'schäft hätt' ma eh – aber keinen, der's macht“. Welchen Flecken Europas ich in den vergangenen Monaten auch bereist habe, überall die gleiche Klage: Uns fehlt das Personal! Von Apulien bis auf die Hebriden, von der Algarveküste über Burgund bis Schwerin und ins Baltische.

Irgendetwas ist passiert mit uns, wohl während der Pandemie, als man uns ins Homeoffice und in Kurzarbeit schickte. Entpuppten die sich als gar süßer Becher, von dem zu nippen uns ahnen ließ, dass Arbeit nicht alles sein kann? Oder dass Arbeit auch anders sein kann?

Diese Ausgabe der Academia möchte sich dem Phänomen nähern und gleich auch nachfragen, ob tatsächlich primär die Jungen schuld sind an der Misere – weil sie nicht mehr hart arbeiten wollen, wie oft zu hören ist. Sind sie

so erzogen und ausgebildet worden, dass sie dem Bereich „Arbeit“ in ihrem Leben einen anderen Stellenwert zuordnen, als er ihn im Leben ihrer Eltern- und Großeltern-generation hatte? Oder denken auch die Babyboomer in ihren letzten Arbeitsjahren gründlich um?

Mit Lucas Semmelmeier (RtD) und Wolfram Kreipl (Vi) habe ich bewusst zwei jüngere Redaktionsmitglieder gebeten, mit mir an diesem Schwerpunktthema zu arbeiten. Mehrere Studien von „Agenda Austria“ und eine brandneue empirische Untersuchung über die Postcovid-Jugend haben dazu sehr interessante Grundlagen geliefert.

Niederösterreich nähert sich der Landtagswahl – Johanna Mikl-Leitner (BAB) verteidigt ihr Alleinstellungsmerkmal „absolute Mehrheit“. Mit welchen Schwerpunkten sie dies

schaffen möchte, erklärt sie im Interview.

Italien hat bereits gewählt (und die linke Hälfte Europas kurz, aber hörbar den Atem angehalten). Welche Auswirkungen der Machtwechsel in Rom für Südtirol haben könnte, beleuchtet der Europaparlamentarier Herbert Dorfmann, einer der erfahrensten Regional- und Kommunalpolitiker Südtirols.

Zu guter Letzt widmet sich Herausgeber Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA) dem typisch österreichischen Schicksal einer ganzen Gruppe heimischer Wissenschaftler: Die österreichische Schule der Nationalökonomie, geprägt von Namen wie Mises, Menger, Schumpeter, Böhm-Bawerk und Hayek, hat sozusagen ihr 150-Jahres-Jubiläum gefeiert – nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit.



Das gesamte Academia-Team wünscht eine angenehme Lektüre und allen Leserinnen und Lesern eine segensreiche Advent- und Weihnachtszeit.

Herzlichst

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 6/2022 (Dezember).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Gerhard Jandl.

Chefredakteur: Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann, Wolfram Kreipl, Josef Schuster. **Layout:** Stephanie Pirker-Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl. **Redaktionsmanagement:** Clemens Mayer.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22–31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock.

Cover: Adobe Stock. **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 10,00/Jahr (Studenten), EUR 15,00/Jahr (Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lipka, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

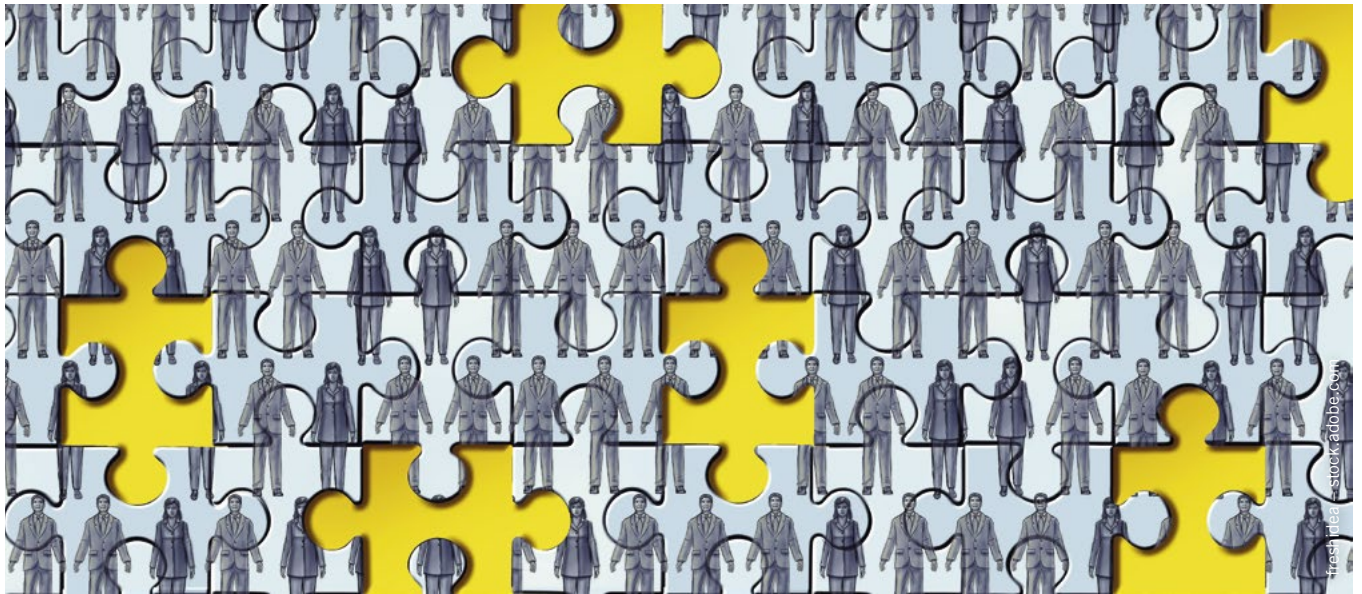
Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 17.11.2022.

„WO SIND DIE ALLE?“

AUF DER SUCHE NACH MENSCHEN, SINN UND POLITISCHEN PERSPEKTIVEN

Letzten Sonntag, ein Stadtbummel. Wohin? Ins Korb! Zu. Ins Diglas? Zu! Zwei der bestbesuchten Kaffeehäuser der Wiener Innenstadt – zu. Am Sonntag. Die Stadt ist (wieder) voller Touristen – und auch Einheimische wollen gelegentlich noch plaudern gehen. Personalmangel allenthalben. Schlimm genug. Doch es handelt sich nur um ein ubiquitäres Symptom einer viel tiefer liegenden systemischen Erkrankung.

LUCAS SEMMELMEYER



ZU HAUSE

Eine ähnliche Spurensuche begann auch der ORF mit Hanno Settele letzten Oktober. Der Titel ist lose entlehnt, besser kann man die Frage nicht formulieren: Wo sind die alle? Glaubt man der *Heute* („Lohnt es sich denn überhaupt noch zu arbeiten?“ vom 19.10.2022) dann

ist die Sache leicht geklärt; Die Menschen sind zu faul und wollen keinen Beitrag leisten. Die Tragik an dieser völlig einseitigen Darstellung ist freilich, dass sie in sehr eingeschränktem Ausmaß zutrifft: Etwa 15 Prozent der in Mangelberufen Arbeitslosen, das sind 43.000 Personen, könnten umgehend in ein anderes Bundesland übersie-

deln, um dort beispielweise als Köchin oder Kellner einer geregelten, anstrengenden, schlecht bezahlten Arbeit nachzugehen. Kann man es ihnen menschlich verübeln, dass sie das nicht tun?

IN DER ARBEIT

Durch die Zahlen lässt sich mangelnder Arbeitswille als

maßgeblicher Faktor dafür, dass aktuell über 240.000 Stellen nicht besetzbar sind, also nicht belegen. Dass sich die Mär von der sozialen Hänge- matte so hartnäckig hält, mag einer Aufmerksamkeitsökonomie geschuldet sein, die polarisierende und simplifizierende, markante und monokausale Erklärungen fördert. Es kann auch sein, dass

das dunkle Spiel der Selbstaufwertung durch Fremdaufwertung gespielt wird. Die Statistiken sprechen jedenfalls eine andere Sprache: Die Menschen sind nicht arbeits-scheu, im Gegenteil – sie sind in Arbeit und stehen deshalb nicht mehr für offene Stellen zu Verfügung. Außerdem werden sie immer weniger. Das liegt nicht an Corona oder anderen Krankheiten, sondern am demografischen Wandel.

AUF DEM WEG IN DIE PENSION

Die Generation der Babyboomer (geboren 1956 bis 1969) verlässt den Arbeitsmarkt. Bis 2050 vergrößert sich der Anteil der über 65-Jährigen

um 56 Prozent. Das erklärt nicht nur die aktuelle Situation, sondern wirft auch Fragen nach der Generationengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit des Pensions- und Pflegesystems auf.

AUF SELBST-/SINNSUCHE

Viele denken – nicht zuletzt angestoßen durch Corona – über ihr Leben nach und verorten die Bedeutung von Werk-tätigkeit neu. Arbeit oder Tätigkeit sind wesentlicher Aspekte für Selbstwert und erfahrenen Lebenssinn. Der Mensch will grundsätzlich seine Umwelt gestalten, tätig sein, sozial wirken. Nur muss man sich das auch leisten können: Die Parameter von Arbeit müssen so gestal-

tet sein, dass sich Leistung auch auszahlt und ein gewisses Maß von Verlässlichkeit und Sicherheit gegeben ist. Ansonsten ist es nicht über- raschend, wenn offenkundig anders gearbeitet wird – und auch weniger. Es gibt nicht nur das Opting-Out der Wohlhabenden, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen. Wenn auf die von der Politik zu setzenden und zu garantierenden Rahmenbedingungen (Stichwort „sichere“ Pensionen) kein Verlass ist, dann entziehen sich viele dem System; eine Systemflucht der tatsächlichen Leistungsträger. Das ist nicht nur ein Thema der Jungen, auch die Älteren dürften einen Paradigmenwechsel vollziehen. Die

Arbeitswelt muss sich dem anpassen.

DIE LEISTUNGSLÜGE

Auch müssen wir dringend neu darüber verhandeln, was leistungs- betonte Politik tatsächlich ist. Denn die *Lotterie des Erbens* (frei nach Precht) hat längst den heute völlig irrationalen Narrativ vom leistungs- basierten Aufstieg ersetzt. Erben ist zum größten Turbo der sozialen Schere geworden. Gleichzeitig hat die soziale Durchlässigkeit massiv abgenommen. Wenn kein relevanter Vermögensaufbau durch Erwerbsarbeit mehr möglich ist, werden Mama und Papa zur wichtigsten Lebensversicherung. Und Mama und Papa haben erheb-

volkspartei
niederösterreich



Wir leben in der herausforderndsten Zeit unserer Generation. Krieg, Krisen und Knappheiten haben Auswirkung auf alle Lebensbereiche. Wie es auf der Welt weitergeht, kann niemand sagen. Wie es aber in und für Niederösterreich weitergeht, haben wir selbst in der Hand. Durch Zusammenarbeit und Zusammenhalt können wir mehr erreichen als andere und tun dabei, was ein Land tun kann.

In diesem Sinne wünsche ich euch alles Gute für das nächste Semester.


Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

die
niederösterreich
partei.

lich mehr aus dem Umlagesystem herausgeholt, als sie eingezahlt haben und gleichzeitig jede andere Generation wird herausholen können. Es sei ihnen von Herzen vergönnt. Die Älteren haben Arbeit und Lebensplanung in einer klaren Weise vorgelebt. Sie gestalteten das System für sich, bedienten sich aus ihm und dominieren es auch heute noch politisch und ökonomisch. Das ist zunächst kein Vorwurf, sondern eine Selbstverständlichkeit. Wir dürfen nur den nachfolgenden Generationen nicht verübeln, dies abgeklärt zu betrachten und folgerichtig zu handeln. Den Konformismus und Materialismus der heutigen Jugend zu geißeln, kommt einem zynischen Nachtreten gleich: Wer hat es ihnen denn vorgelebt?

„VOLONTÉ GÉNÉRALE“ MIT KRONE-ABO

Die gute Nachricht: Unsere Demokratie funktioniert hervorragend. Der allgemeine politische Wille drückt sich in der Beharrungsgeneration der Boomer völlig authentisch aus. Wir haben genau die Politik, die wir wollen und verdienen. Die herrschende Generation ist die politisch mächtigste und kaufkräftigste aller Zeiten. Das Problem: Das permanente Beharren wird zu einer schweren Hypothek für die kommenden Generationen. Bei den Pensionen wird das leicht sichtbar. Sie sind aber nur ein großes, teures und deswegen unübersehbares Symptom. Mit abstrakteren Bereichen wie Umwelt, Eigen-

tum, Arbeit, Pflege, Migration und Wachstum tun wir uns da schon schwerer. Es kann nicht so bleiben, wie es ist.

GERECHTIGKEIT

Jede Generation hat ihre guten Gründe. Es geht nicht um Vorwürfe und Urteile, sondern darum, auch noch für nachfolgende Generationen Lebens- und Sinndimensionen anzudeuten: Wie können wir Arbeit und Leben nachhaltig politisch rahmen? Die einfachen Antworten sind leider falsch. Es gibt keinen „easy fix“. Natürlich ist es wichtig, bei begrenzten Ressourcen mal über den Begriff *Wachstum* nachzudenken. Gleichzeitig ist es

„Es ist in einem wohlhabenden Land überhaupt nicht notwendig, als „Working Poor“ verzweifelt jeden Tag gegen den Abgrund zu rudern.“

im Moment völlig illusorisch, auf Wachstum zu verzichten, da unser Umlagesystem davon abhängt. Doch weder ist Wachstum immer werthaltig, noch kann es grenzenlos vollzogen werden. Was wäre denn sein Ziel? Totalversiegt in die Betonhöhle? Die Annexion der Schweiz? Der völlige Kollaps?

Denken wir soziale Gerechtigkeit gerne von der Leistungsgerechtigkeit her, aber doch bitte nicht so völlig verlogen. Entlasten wir Er-

werbsarbeit, erhöhen wir die Löhne, schaffen wir Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, um tatsächliche Wahlfreiheit und Selbstermächtigung grundzulegen. Statt einer halbblinden, populistischen, fahrlässigen, zynischen und bloß reaktiven Immigrationsabwehrpolitik sollten wir endlich aktiv in den Wettbewerb um die besten Köpfe gehen. Österreich ist seit spätestens 1908 ein Einwanderungsland und wenn wir das nicht aktiv gestalten und nützen, wird es ein *Auswanderungsland* werden. Wir haben keine großen Ölfelder, wir haben Kinder und Schulen. Es ist in einem wohlhabenden Land überhaupt nicht notwendig, als

senen Politik sein, mit der Gewissheit eines sozialen Netzes, wenn man es wirklich braucht.

KRISEN NÜTZEN, TRANSFORMATION GESTALTEN

Krisen sind mächtige Hebel, die es zu nutzen gilt. Von ihnen haben wir gegenwärtig ausreichend. Nein, wir brauchen keinen starken Mann, keinen weiteren Schwiegersohn der Herzen, sondern starke, dynamische, demokratische Willensbildung. Wir brauchen große Enqueten statt Pressekonferenzen und Tweets. Demokratie ist komplex und „messy“, das darf, ja soll so sein. Partizipation schafft schließlich Beteiligung und Compliance. Wir brauchen mehr Parlamentarismus statt Blockaden durch die Kabinette der Schattenressorts. Wir brauchen Visionen, Haltungen und Linien statt redundantes, fehlervermeidendes Blabla. Wie brauchen weniger Schein und mehr Fehler- und Konfliktkultur. Wir brauchen dringend mutige, offene und gestaltungswillige Politik, die über das bloße Überleben bis morgen hinausdenkt und nicht den Eindruck vermittelt, dass ohnehin bald der Letzte das Licht ausmacht. Denn dann gibt es niemanden mehr, der überhaupt noch fragt, wo denn alle sind.



Mag. Lucas Semmelmeier (Rt-D)

ist Theologe und Religionspädagoge. Diplomarbeit zur Religionsschrift *Immanuel Kants*. Er lebt und lehrt in Wien.

AB NUN GILT: „WORK FOLLOWS LIFE“

Die Jugend von heute arbeitet nicht, um besser leben zu können. Ihr Job muss ins Leben passen. Geld bleibt zwar wichtig, Macht und Ansehen verlieren aber an Bedeutung. Stattdessen erwartet man Wertschätzung, Teamgeist und Rücksichtnahme auf die Lebenssituation.

WILHELM ORTMAYR



Die Jugend der Gegenwart lebt nicht von oder für Utopien. Idealismus als Wert per se ist ihr fremder als manch früherer Generation, sie denkt stattdessen pragmatisch und lösungsorientiert. Auch wenn es um die berufliche Gegenwart

und Zukunft geht. Das gilt laut der aktuellen Jugendwertestudie des Instituts für Jugendkulturforschung vor allem für die Kinder der Mittelschichten. Sie checken nüchtern ab, was geht und was nicht und widmen dann ihre ganze Energie der

Realisierung des Möglichen. Dabei wird nach der alten Lebensweisheit „Lieber der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ vorgegangen.

Vor allem die Jugendlichen der Mittelschichten wissen,

dass Traumberufe wie der der Ärztin oder des App-Entwicklers den Kindern Wohlhabenden und Hochgebildeten vorbehalten sind. Hartnäckig hält sich das Gerücht, der Medizinaufnahmetest sei nur mit sündteuren Vorbereitungskursen

zu schaffen. Es schreckt Mittelstandskinder ebenso ab wie die nackten Zahlen: Im Schnitt schaffen Bewerber, deren Eltern nicht zumindest Matura haben, den Test weit seltener als Kinder aus Bildungsschichten, ob mit Kurs oder ohne.

Man strebt also, wenn man aus der Mittelschicht kommt, zunehmend „normale“ Berufe wie Büro- oder Einzelhandelskaufmann, Bankbeamter, Kfz-Mechaniker oder Koch/Kellner an. Selbst die Mittel- und Unterschichten versuchen aber, Berufe wie Altenpfleger zu vermeiden, wie überhaupt Jobs mit schlechter Bezahlung, familienfeindlichen Arbeitszeiten und hohem Stressfaktor von der praxisorientierten Generation Z immer spürbarer gescheut werden, speziell von jenen jungen Menschen, die stark familienorientiert sind.

DIE WELT NEBEN DEM MARKT WIRD IMMER KLEINER

Die Jugend unserer Zeit ist geprägt von Pragmatismus und Materialismus. Nicht, weil sie frei von Idealen und Träumen wäre, sondern wegen ihres starken Sinnes für realistische Weltwahrnehmung und rationale Entscheidungen. Stärker als jede Generation vor ihnen sind die Z-Jugendlichen typische Kinder der Online-Kommunikation und der Marktwirtschaft. Sie werden mit jeder Art von Realität (lokal wie global) schneller, direkter

und ungeschminkter konfrontiert als ihre Eltern oder Großeltern.

Wie Studienautor Prof. Bernhard Heinzlmaier im Rahmen der diesjährigen „Denkwerkstatt St. Lambrecht“ ausführte, nehme die Generation Z sehr deutlich wahr, „dass um sie herum alles Warencharakter angenommen hat. Sie selbst haben gelernt, sich als Ware wahrzunehmen, vor allem dann, wenn sie an ihre Zukunft auf dem Arbeitsmarkt denken“. Das Lebensglück hänge für die postmoderne Jugend davon ab, ob man sich gut zu verkaufen versteht und ob es einem gelingt, gute „smarte Deals“ zu machen. Die ganze Welt ist zum Marktplatz geworden und das Leben zu einem Wettbewerb, auf dem vor allem die Jugend fortwährend Bühnen braucht, um sich zu präsentieren.

Analog zu Ökonomisierung der Politik schreitet – zumindest aus der Sicht der jüngeren Hälfte der Gesellschaft – die „Ökonomisierung des Lebens“ immer mehr voran. Was (wenig verwunderlich) dazu führt, dass für Jugendliche bei ihrer Berufswahl die „gute Bezahlung“ an erster Stelle steht. „Alles andere als diese Vernunftentscheidung wäre gegen die marktwirtschaftliche Logik und damit zum eigenen Schaden“, so Heinzlmaier.

Allerdings – der Materialismus kennt Grenzen. Viel Geld zu verdienen ist nicht

alles. Zwar ist den Jugendlichen von heute mehr Freizeit (noch) kein adäquater Ersatz für ein hohes Gehalt, nette Kollegen und ein gutes Betriebsklima jedoch schon. Harmonie schlägt also Mamon. Für Heinzlmaier ist dies ein erklärbares Phänomen. „Immer mehr Jugendliche sehen sich vornehmlich in Wettbewerbsbeziehungen, in denen jeder nur nach seinem eigenen Vorteil trachtet. Das erzeugt Druck – und den Wunsch, zumindest in der nächsten Arbeitsumgebung, in der man doch viel Zeit verbringt, familiäre und gemeinschaftliche soziale Beziehungen zu haben.“

Fast ebenso wichtig ist den Jungen berufliche Sicherheit. Besonders gilt dies für die mittleren und unteren Sphären der Gesellschaft, wo man zunehmend mit Abstiegssorgen konfrontiert ist

und alles daran setzt, das Erreichte zu sichern. Man agiert daher nicht karriereorientiert, sondern vor allem sicherheitsorientiert, wenn es um die Arbeit geht. Karriere muss nicht sein, wenn man dafür einen sicheren und solide bezahlten Arbeitsplatz eintauschen kann. Genau diese Jugendlichen sind nicht globalistisch, nicht offen für Veränderungen, nicht interessiert an Abenteuern. „Für viele Universitätslehrer und Medienleute aus dem elitären oberen Gesellschaftsdrittel ist es schwer zu glauben, aber 59 Prozent der Jugendlichen wollen überhaupt nicht ins Ausland. Nur jedem elftem ist das wichtig“ betont Heinzlmaier und verweist auf das nicht nur in diesem Punkt völlig diametrale Bild der Generation Z in den Medien und den Köpfen der Bildungseliten.

Die Präsentation und Diskussion der Jugend-Wertestudie war ein Teil der diesjährigen „Denkwerkstatt St. Lambrecht“. Veranstalter dieses seit 2008 im steirischen Benediktinerstift stattfindenden dreitägigen Gesprächsforums ist ein Verein, der Konzepte und Modelle für das System der sozialen Sicherheit in Österreich und Europa entwickeln will.

Die Denkwerkstatt, die im Zuge der Covid-Pandemie um Online-„Denkräume“ erweitert wurde, möchte ein Rahmen für offene Diskussionen zu allen Fragen der sozialen Entwicklung, demografischen Veränderung, Bildungs- und Integrationspolitik, finanziellen Sicherheit, Gesundheit und Vorsorge in Österreich und Europa sein. Mit Johannes M. Martinek (Dan) als Präsident, Wolfgang Mazal (NbW, Nc) als wissenschaftlichem Leiter sowie den Vizepräsidenten Walter Tancsits (F-B) und Andreas Zakostelsky (Cl et mult.) sind ÖCVer im Trägerverein der Denkwerkstatt maßgeblich tätig.

denkwerkstatt-stlambrecht.org

MANGELS PERSONAL DAUERHAFT GESCHLOSSEN

Der Wirtschaft fehlen Chips, Halbleiter, Rohstoffe und vieles mehr – am meisten aber mangelt es an Arbeitskräften. Sind daran tatsächlich primär die Jungen und ihre mangelnde Leistungsbereitschaft Schuld? Oder wäre es für Teile der Wirtschaft schlichtweg an der Zeit, im dritten Jahrtausend anzukommen?

WOLFRAM KREIPL



Und plötzlich, als Europa nach Covid wieder aufsperrte, war er da: der Personalmangel. In nahezu allen Branchen, in so gut wie allen Ländern. Der Handel sucht, die Gastronomie und Hotellerie sowieso (und sperrt mitunter zu, weil niemand zu finden ist), dem öffentlichen Dienst fehlen die Qualifizierten und dem Gewerbe und der Industrie erst recht. Manche Unternehmen und Unternehmer stehen am äußersten Rand der Belastbarkeit.

Der Mangel an Arbeitskräften ist die Folge einer Verkettung verschiedenster Umstände. Nur wer oberflächlich denkt, kommt vorschnell zu dem Schluss: „Die Jungen wollen halt nicht mehr arbeiten.“ Wer es sich so einfach macht wie der Chef einer Hamburger Marketingagentur, der keine jungen Praktikanten mehr einstellt, weil diese „um 17 Uhr beim Yoga sein müssen“, wird das Problem nicht in den Griff bekommen.

Auch dieser Artikel wird kein Patentrezept bieten. Vielmehr möchte er aus der Perspektive eines Unter-30-Jährigen einen ernsthaften Blick auf die Zusammenhänge werfen. Denn es liegt eben nicht nur an uns Jungen.

KONSTANTE UND VARIABLE

Es gibt Dinge, die liegen (quasi) außerhalb des Einflussbereichs von Staat und Wirtschaft. Geburtenstarke

Jahrgänge (Babyboomer) fallen aus dem Arbeitsmarkt heraus, geburtenschwächere Jahrgänge kommen nach. Das bringt bis 2050 einen natürlichen Rückgang von 300.000 Arbeitskräften. Diese Fehlbestände werden selbst durch heftige Anhebungen des Pensionsantrittsalters nicht zu kompensieren sein.

Mehr Menschen arbeiten weniger Stunden. Die Zahl der Beschäftigten liegt mittlerweile zwar knapp über dem Niveau von 2019, allerdings

geht dieser Zuwachs ausschließlich auf das Konto von Teilzeitjobs. Die Zahl der insgesamt geleisteten Stunden ist geringer als vor der Pandemie.

Andere Faktoren sind zumindest bedingt beeinflussbar. Beispielsweise der sogenannte „regional mismatch“, also die Tatsache, dass Arbeitssuchende oft regional nicht mit den Stellenangeboten zusammenpassen. Salopp formuliert muss sich ein Koch/Kellner nur mit Familie in Ostösterreich verstecken und ist damit quasi unvermittelbar, denn die offenen Stellen für ihn werden im West und Süden Österreichs angeboten. Bis zu 14 Prozent der Arbeitslosen könnten in einem anderen Bundesland eine offene Stelle besetzen, für die sie qualifiziert sind. Der Kellner im Home-Office wird ein Wunschtraum bleiben, hier wäre mehr Mobilität des Arbeitnehmers gefragt. Gleichzeitig könnten auch Arbeitgeber und öffentliche Hände durch echte und greifbare Benefits positive Mobilitätsanreize setzen.

Beeinflussbar, wenn auch nur mittelfristig, wäre auch die enorme Qualifizierungslücke zwischen Angebot und Nachfrage. Handwerk, Gewerbe und Industrie, darunter viele enorm exportorientierte Branchen, suchen händeringend nach gut ausgebildeten Facharbeitern sowie Maturanten mit technischer Ausbildung. Großer Überschuss herrscht am Arbeitsmarkt aber nur an potentiellen Hilfsarbeitern,

die zu wenig gut Deutsch können und/oder über kaum ausreichendes Grundschulwissen verfügen.

DIE JUNGEN SPIELEN EIN ANDERES SPIEL

Ganz offensichtlich ist, dass die Arbeitskräfte, die in den Betrieben fehlen, junge Menschen sind. Daher ist es sinnvoll zu fragen: Was motiviert die Jugend, „viel“ zu arbeiten, welche Faktoren hingegen bewirken das Gegenteil?

Die Regeln des Spiels „Arbeit“ waren in der Vergangenheit klar. Büro, Werk oder Praxis



„Arbeit braucht mehr Vertrauen – die Möglichkeit von Home-Office ist für gut die Hälfte der jungen Arbeitssuchenden ein Muss.“

für etwa vierzig Stunden pro Woche. Dafür gibt es Geld. Der Karriereplan ist vorgezeichnet, das Ziel klar, der Weg asphaltiert.

Nun weigert sich die junge Generation immer öfter,

nach diesen Regeln zu spielen. Was oft als mangelnder Arbeitswille oder mangelnde Führungskompetenz wahrgenommen wird, ist aus der Sicht der Jungen eine andere Setzung von Prioritäten. Sie wollen nach ihren eigenen Regeln spielen: Diffuse Loyalitätsgefühle gegenüber Arbeitgebern sind passé – mehr als ein Viertel der Arbeitnehmer können sich laut Umfragen nicht mehr vorstellen, länger als fünf Jahre bei einem Arbeitgeber zu bleiben, also sind nichtlineare Karrierepfade gefordert.

Arbeit braucht mehr Vertrauen – die Möglichkeit von

weil diese Kompetenzen in ihrer Schul- und Studienzeit weit mehr gefördert wurden als in den Siebziger- oder Achtzigerjahren. Außerdem legt die junge Generation viel Wert auf Transparenz und schätzt offene und direkte Kommunikation.

All diese Veränderungen verlangen von den Arbeitgebern ein Umdenken. Denn auch wenn die Konjunktur bereits wieder abflaut, wird die Zahl der verfügbaren qualifizierten Arbeitskräfte knapp bleiben. Damit liegt die Macht bei den Bewerbern – und die wissen mittlerweile sehr genau, was sie wollen. Sie sind beim Vorstellungsgespräch fordernder und „frecher“ als ihre Eltern – die HR-Branche kann davon Lieder singen.

PENSIONEN ERINNERN AN DIE TITANIC

Zufriedenheit ist schon längst nicht mehr bloß ein Ideal ostasiatischer Glaubensgemeinschaften. Auch bei uns bewerten Arbeitnehmer diesen Faktor in Leben und Beruf immer höher. Die Realität kann da offenkundig nicht mithalten, denn das Defizitempfinden steigt. Der Arbeitsklima-Index der Arbeiterkammer zeigt uns, dass nur mehr 62 Prozent der jungen Arbeitnehmer mit ihrem Beruf zufrieden sind und sich ein Viertel der Beschäftigten unter 25 durch ihren Beruf „seelisch belastet“ fühlt. Kombinieren wir diese Information mit der Erhebung, dass 40 Prozent der Arbeitnehmer lieber arbeitslos als unzufrieden im Beruf



APULIEN

„Der Stiefelabsatz Italiens“

Termin: 18. - 25. März 2023



Reisebegleitung
Dkfm. Dr. Helmut Zehmann
vlg. Dr. cer. Hermes (Am)

1. Tag: Wien - Bari
2. Tag: San Giovanni Rotondo - Monte San Angelo
3. Tag: Bari - Castel del Monte
4. Tag: Altamura - Matera
5. Tag: Brindisi - Polignano a Mare - Alberobello
6. Tag: Gallipolli - Ölmühle - Leuca
7. Tag: Lecce - Otranto - Weinverkostung
8. Tag: Bari - Wien



Pauschalpreis: € 1.550,- EZ-Aufpreis: € 250,-

MOSER REISEN
Frau Klara Zajicek
Tel. 0732 / 2240-14, zajicek@moser.at
4010 Linz, Graben 18, www.moser.at

ÖCV - REISEN
Reisereferent: Dkfm. Dr. Helmut Zehmann
2100 Korneuburg, Brückenstraße 6/40
Tel.: 02262/63977, Mobil: 0676/3045855
E-Mail: helmut.zehmann@aon.at

wären, zeichnet sich ein de-saströses Bild ab, das eigentlich nur eine Konsequenz ablesen lässt: Es muss mehr Arbeitszufriedenheit geschaffen werden. Aber wie?

Will man sich mit dieser Frage wirklich auseinandersetzen, tut ein Blick in die Arbeitsrealität junger Menschen gut. Wer heute 45 oder 50 Jahre alt ist, kann mit einer relativen Sicherheit sagen, wann er in Pension gehen wird und wie hoch diese in etwa sein wird. Wer zwischen 20 und 30 ist, tut sich mit solchen Prognosen eher schwer. Gewerkschaften und Arbeiterkammer beten zwar mantraartig „die Pensionen sind sicher“ vor, doch tatsächlich wissen auch sie nicht, wohin sich die Wirt-

schaft bis 2070 entwickeln wird. Die Alterssicherungskommission gibt zwar Prognosen ab, aber auch sie kann nicht mit allem rechnen – ein Krieg lag vor einem Jahr noch gedanklich in weiter Ferne. Die „Work-Life Balance“ ist für die jüngeren Jahrgänge also gewissermaßen auch ein Schutzmechanismus, der nicht nur der kurzfristigen Befriedigung von Gemütlichkeit dient, sondern längerfristig Kapazitäten schonen soll. Dass das Pensionsantrittsalter mit der Lebenserwartung mitsteigen wird, ist eingängig – wer aber bis 70 oder länger arbeiten soll, der kann nicht mit 60 bereits am Ende sein. Und selbst da bleibt die Voraussetzung, dass die Pension zum Leben reicht. Was, wenn sie das auch nicht

mehr tut? Unsicherheit prägt den Alltag junger Leute. Man würde gerne langfristig planen, doch die Unsicherheitsfaktoren nehmen zu. Logischer Schluss: Die eigenen Energien gehören geschont, vielleicht wird man sie später noch brauchen.

ARBEIT MUSS MAN NEU DENKEN

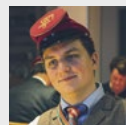
Vielleicht lohnt es sich, ganz grundlegende Fragen offen anzudenken:

- Hat die 40-Stunden-Woche wirklich Zukunft? Als überwältigender Erfolg werden Experimente zur Vier-Tage-Woche und allgemeinen Stundenreduktion aus Island bezeichnet. Weniger Krankschreibungen, quasi gleiche Produktivität, höhere Zufriedenheit.
- Ist es tatsächlich notwendig, Mitarbeiter ständig im Büro zu haben oder will man sie nur besser kontrollieren können? Studien konstatieren, dass die Produktivität im Home-Office durchaus steigen kann, wenn der Prozess gut implementiert ist. Menschen arbeiten am liebsten dort, wo sie sich wohl fühlen.
- Wie schaffen wir Loyalität, wenn der Arbeit-

geber die Zügel in der Hand hält? Knapp die Hälfte der Arbeitnehmer sagt, dass sich die Werte ihres Arbeitgebers im Kontext von Diversität und Gleichberechtigung mit den Eigenen decken müssen. Ähnliche Zahlen ergeben sich für die ökologischen Wertvorstellungen der Arbeitnehmer.

Zeugt das Stellen dieser Fragen von einer falschen oder unwilligen Einstellung zur Arbeit? Sind die Jungen tatsächlich fauler und weniger belastungsfähig? Oder wollen sie bloß nicht mehr nach den Regeln ihrer Eltern arbeiten? Denken sie nur an sich selbst, oder suchen sie einfach Schutz vor einer ungewissen Zukunft?

Für mich steht fest, dass eine neue, den veränderten Ansprüchen und Herausforderungen angepasste Arbeitswelt nur kooperativ geschaffen werden kann. Eher früher als später werden sich alle „Player“ dieser Herausforderung stellen müssen. Und dazu zähle ich nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch die Politik mit ihrer Rahmenverantwortlichkeit für Kinderbetreuungseinrichtungen, Wohnbau, Verkehrsplanung und anderen begleitenden Materien.



Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.

WILLKOMMEN ZURÜCK IM BIEDERMEIER

Stabilität, Sicherheit, Planbarkeit – das sind die Werte, die für Österreichs Jugend aktuell im Vordergrund stehen. Aufbruch, Veränderung und kühne Lebensträume waren gestern. Man passt sich an, schweigt sich durch – und fürchtet sich vor dem Abstieg.

WILHELM ORTMAYR



Covid, Krieg und Teuerung, aber auch längerfristige Megatrends wie Globalisierung und Digitalisierung sind an Österreichs Jugend nicht spurlos vorübergegangen. Laut der jüngsten Wertestudie des Instituts für Jugendkulturforschung feiern Sehnsüchte nach Wärme, Aufgehobensein und Eingebundensein in einer kleinen

Gemeinschaft gegenwärtig eine Renaissance, mit der der verstärkte Drang zur Stadtfucht logisch einhergeht.

DEN STANDARD HALTEN

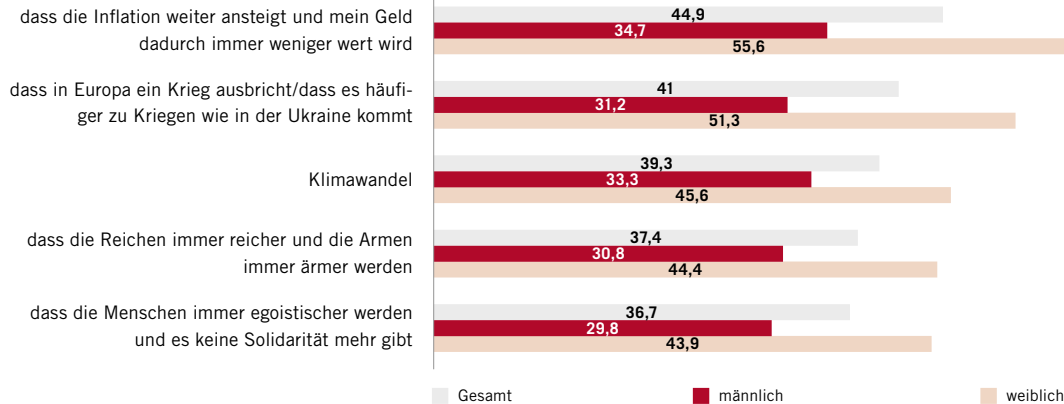
„Die risikoaffinen Individuellen finden wir am ehesten noch im bürgerlich-liberalen

und bürgerlich-grünen Segment, also im Bereich des bildungsaffinen Establishments“ erläuterte Studienautor Bernhard Heinzlmaier im Rahmen der diesjährigen Denkwerkstatt St. Lambrecht, „darüber hinaus aber tendiert Österreichs Jugend immer mehr zum risikoaversen Sicherheitstyp.“

Vor allem im mittleren Drittel der Gesellschaft gehe es heute darum, gesellschaftlich nicht abzustiegen. Davon, dass es der Jugend später besser gehen müsse als ihrer Elterngeneration, können heute nicht mehr die Rede sein. Nicht abzustiegen sei schon ein großer Erfolg. Für Heinzlmaier birgt diese Situ-

Welche der folgenden Dinge bereiten dir am meisten Sorgen, wenn du an die Zukunft denkst?

Angaben in Prozent



ation enormes Eskalationspotenzial: „Wenn die Unterschichten und Nichtwähler jeden Sonntag gegen eine Impfpflicht auf die Straßen gehen, muss der Staat nicht besorgt sein. Wenn aber die Mitte der Gesellschaft die Sicherheit verliert und Angst vor Armut hat, dann das ist echter Sprengstoff“.

NICHTS SAGEN, WAS MAN NICHT SAGEN DARF

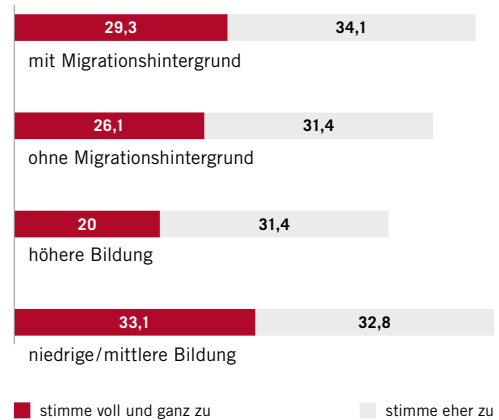
Die gegenwärtige Jugend nehme in dieser unsicheren Ist-Situation vorerst eine gewisse „Verteidigungshal-

tung“ ein – gepaart mit der Bereitschaft zur Anpassung, zum pragmatischen Durchtauchen. Generationenkonflikt, Protest und Veränderungswille waren gestern, die 68er-Kultur wird quasi auf den Kopf gestellt, Barrikaden baut niemand mehr.

Eine Mehrheit der 16- bis 29-Jährigen sagt, man komme prinzipiell im Leben weiter, wenn man „seine eigene Meinung nicht zu laut artikuliere“, sprich sich nicht gegen den medialen Meinungsmainstream stelle. Andernfalls laufe man vor

„Der Staat mischt sich zu viel in die privaten Angelegenheiten der Menschen ein.“

Angaben in Prozent



NOCKRESORT
BAD KLEINKIRCHHEIM

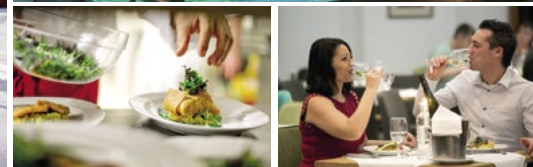
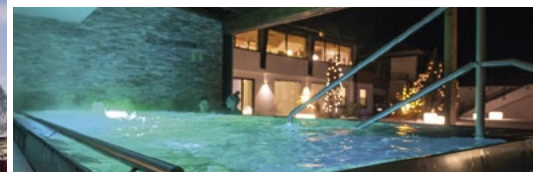
**ES IST SCHÖN IM SKIURLAUB
BUNDESBRÜDER ZU TREFFEN!**

Großer Wellnessbereich, Gourmet-Küche, gemütliche Zimmer direkt an der Skipiste.

-15% CV-Rabatt!

Auf Euren Besuch freut sich
Michael Sammer v/o Mikele BbG.

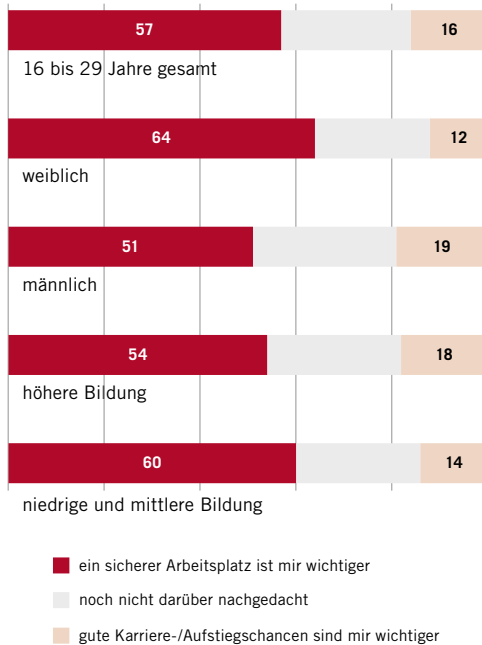
NOCKRESORT Hotel & Spa | Bad Kleinkirchheim, Kärnten
04240 8186 • hotel@nockresort.at • www.nockresort.at



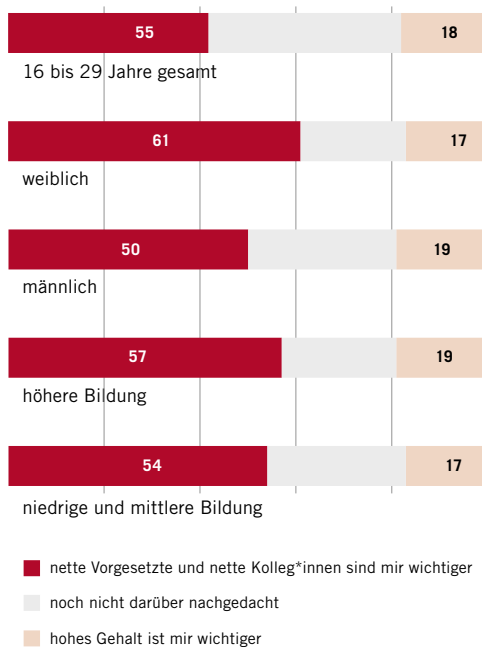
Was ist wichtiger?

Angaben in Prozent

Arbeitsplatzsicherheit vs. Karrierechancen



nette Vorgesetzte und nette Kolleg*innen vs. Gehalt



„ALTE“ WERTE UND TRADITIONEN WIEDER GEFRAGT

Nostalgisch sehnt man sich zurück in die vorangegangene Epoche, in der die Welt noch in Ordnung war. Für

39 Prozent ist „Heimat“ ein sehr wichtiger Wert,

64 Prozent meinen, dass die Werte Österreichs geschützt werden müssen,

55 Prozent sind Traditionen wichtig.

Vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene aus den niedrigen und mittleren Bildungsschichten wird die „gute alte Zeit“ ein Sehnsuchtsort, mit dem man die heute so dringend gesuchte Sicherheit und Stabilität in Verbindung bringt. (Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier)

allen in Direktmedien Gefahr, „niedergemacht“ zu werden.

Offenkundig nimmt ein Teil der Jugendlichen zweierlei deutlich wahr: Nicht nur in den klassischen Medien werden gewisse Haltungen und Einstellungen konstant als richtig und gut dargestellt, ohne dass es dafür irgendeine empirische oder demokratische Legitimation gäbe, sondern auch in den sozialen Medien gibt es gut aufgestellte Institutionen und andere Mächtige, die vorgeben, was artikuliert werden darf und was nicht. „Eine Debattenskultur, wo jeder frei seine Meinung sagen darf und das bessere Argument zählt, fehlt den heute 16- bis 29-Jährigen vollends“, bedauert Jugendforscher Heinzlmaier.

DER KÄMPFER UND DIE BESORGT

Beim Krisenerleben und der Krisenverarbeitung unter Jugendlichen zeigen sich interessante Details und enorme geschlechterspezifische

Unterschiede. Beispielsweise gehören der Gruppe der „mutigen Kämpfer“ doppelt so viele junge Männer als Frauen an. Dies verdeutlicht unter anderem die Frage „Wovor hast du Angst, wenn Du an die Zukunft denkst?“, auf die von Männern zahlenmäßig deutlich weniger Nennungen kommen als von Frauen. Die Burschen und jungen Männer fürchten sich also nicht von deren Dingen als die Frauen, sondern generell weniger. Ihr Glas ist halb-voll, auch wenn diese Sicht ebenso subjektiv sein mag wie das Selbstbild als Krieger, der keinen Schmerz kennt.

Frauen hingegen weist die aktuelle Wertestudie als die Bedenkenträger der Nation aus. Sie zeigen sich generell deutlich verunsicherter als ihre männlichen Alterskollegen, dazu spürbar wirtschaftskritischer, sie setzen im Arbeitsleben eindeutig mehr auf Harmonie, persönliches Wohlbefinden und ein gutes Miteinander als auf eigene Durchsetzungskraft,

ÖSTERREICHS JUGEND STIMMT FOLGENDEN AUSSAGEN „VOLL UND GANZ“ ODER „EHER“ ZU:

- 84,0 %** In den letzten Jahren ist das Leben immer teurer geworden.
- 68,2 %** In der Corona-Zeit ist unsere Gesellschaft weniger tolerant geworden.
- 63,7 %** Das Leben der Jugend ist heute eingeschränkter und unfreier als früher.
- 62,0 %** Die Politik kümmert sich nicht um die Sorgen und Probleme junger Menschen.
- 61,6 %** Wer sich anpasst, der erreicht im Leben prinzipiell seine Ziele leichter.
- 59,0 %** Der Staat mischt sich zu viel in die privaten Angelegenheiten der Menschen ein.
- 57,4 %** Die Kluft zwischen Studenten/Akademikern und „normalen“ Menschen wird immer größer.
- 56,6 %** In der Corona-Zeit hat sich die Demokratie in eine Diktatur der Experten verwandelt.
- 55,5 %** Der Krieg in der Ukraine macht mir Angst.

hohe Verantwortung und beruflichen Aufstieg.

Nicht unspannend ist auch der Blick auf die jene Themen, die der Jugend Angst machen und für/gegen die es sich zu engagieren lohnt. Denn die Nennungen der weiblichen Befragten korrelieren qualitativ und quantitativ auffallend genau mit jenen der höher Gebildeten. Offenkundig zeigt Schule Wirkung. Und niemand sollte sich wundern, wenn der Ruf nach mehr Diversität im Lehrberuf künftig lauter wird.

DER BILDUNGSGRABEN WIRD TIEFER

Seit nahezu 20 Jahren merken Politologen nach nahezu jeder Wahl in Österreich mah-

nend an, dass die Resultate und Wahlmotive zwischen urbanen Regionen und ländlichen Peripherien immer weiter auseinanderklaffen. Dieses Auseinanderdriften wird teils auch mit dem höheren Akademiker- und Maturantenanteil in den Städten und Speckgürteln argumentiert. Genau diese scheinen sich in den kommenden Jahrzehnten weiter zu vertiefen.

Wer unter Österreichs Jugend nach den vorhandenen Ängsten fragt, nach Zielen oder Lebensträumen, bekommt von Lehrlingen, Fach- oder Hilfsarbeitern völlig andere Antworten als von Maturanten und Akademikern. „Keinem Lehrling würde es einfallen, auf eine „Fridays-for-Future“-Demo zu gehen. Dem sind

zehn andere Themen weit wichtiger, während Gymnasiasten von nichts anderem beseelt sind, als die Welt vor dem Untergang zu retten,“ bringt es Heinzlmaier auf den Punkt. Tendenziell stehen die geringer Gebildeten dem Staat, seinen Institutionen und den Medien immer kritischer und ablehnender gegenüber, bei Höhergebildeten ist das Gegenteil der Fall. Folglich ist es logisch, dass etwa Lehrlinge den Staat nicht auf ihrer Seite sehen, sondern auf jener des gesellschaftlichen Establishments.

DIE JUGEND SCHAFFT DAS

Die in den Medien und von gewissen Lobbys stetig wiederholte Erzählung, dass die durch mehrere Krisen gegangene Jugend arg gebeutelt, depressiv und in übersteigenden Maß suizidgefährdet sei, findet in der aktuellen Jugendstudie keine Bestätigung.

Man bedauert die „verlorenen Jahre“, ist aber realistisch genug, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen und das Bestmögliche daraus zu machen. Ein Teil bezeichnet sich als „positiv denkend und hoffnungsfroh“, eine weitere große Gruppe neigt mit dem Motto „Augen zu und durch“ zu Realismus, wengleich zu einem positiv gestimmten. Die Gruppe der Fatalisten und Verzweifelten beschränkt sich auf etwa zehn Prozent. Daher sieht Studienleiter Bernhard Heinzlmaier überhaupt keinen Grund, „ein ganzes Heer von psychologischen Beratern auf Schulen, Berufsschulen und Universitäten niedergehen zu lassen“. Hilfe sollte es für jene geben, die sie wirklich brauchen. Eine übermäßig große Gruppe sei das aber nicht. Der Großteil der heimischen Jugend arrangiert sich somit durchaus gut mit der Situation.

Quelle und Information zur Studie:

Generation Z: Eine Krisengeneration lässt sich nicht unterkriegen | 2022 | rep. für 16- bis 29-jährige ÖsterreicherInnen | n=1000 | Daten gerundet



Andreas Unterberger

Das ganz unkorrekte Tagebuch zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Österreichs meistgelesener Internet-Blog:

www.andreas-unterberger.at

seit
1899

Rudolfina Redoute

Faschingmontag

20. Februar 2023

Wiener Hofburg

www.rudolfina-redoute.at





WILHELM ORTMAYR

MUT ZUR DE-PROFESSIONALISIERUNG

„Die Ukrainerinnen werden es nicht richten können“. Diesen ebenso klaren wie erwartbaren Befund aus dem Mund profunder Sozial- und Arbeitsmarktexperten braucht es in Österreich leider. Für all jene Träumer, die angesichts doch einiger gut ausgebildeter Kriegsflüchtlinge die Erwartung hegten, die Personalmisere in der Pflege und im Gesundheitsbereich beheben zu können. Und nach ein paar Deutschkursen auch die Unterbesetzung in den Schulen und Kindergärten. Ähnliche Hoffnungen hatte man schon seinerzeit an die Menschen aus Syrien geknüpft, doch mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein konnten auch sie nicht beitragen, weder qualitativ noch quantitativ.

Wir müssen es also selbst richten. Laut Politik soll das mit neuen jungen Kräften funktionieren (deren es zahlenmäßig schlichtweg zu wenige gibt), mit besserer Bezahlung (als ob der Mangel in gewissen Sparten nur mit Geld zu tun hätte) und mit

besseren Arbeitsbedingungen (die nur mit mehr Personal schaffbar sind und daher zunächst ein Versprechen in sich selbst).

Nur ganz wenige Fachleute wagen es, die Dinge tatsächlich beim Namen zu nennen. Und sie wägen ihre Worte sehr behutsam ab, wenn es darum geht, mögliche Auswege aus der hausgemachten, von der Politik sehenden Auges verschuldeten Personalmisere zu skizzieren. Der Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal (NbW), Sozialexperte Waltner Pöltner und andere Kapazitäten etwa warfen im Rahmen der Denkwerkstatt St. Lambrecht die mehr als berechtigte Frage auf, wozu man zum Anlegen von Verbänden und zum Schmieren offener Beine ein Fachhochschulstudium benötigt. Oder eine vier- plus zweijährige Ausbildung zum Erziehungswissenschaftler, um Kindern Alphabet und Einmaleins beizubringen.

Warum geht man nicht dazu über, Menschen in nieder-

schwelligem, nicht allzu langen Kursen auf das vorzubereiten, was in den meisten Fällen von häuslicher Betreuung älterer Personen notwendig ist? Es geht um ein Grund-Rüstzeug, dass sie befähigt unter professioneller Anleitung und Führung Menschen zu versorgen und zu pflegen. Es muss nicht an jedem Bett ein Bachelor stehen. Auch nicht in jeder Kindergartengruppe. Und es soll durchaus Volksschüler geben, dies es auch ohne Beschulung durch Vollakademiker ins Gymnasium schaffen würden.

„De-Professionalisierung“ nennt sich das böse Wort, das kaum jemand auszusprechen wagt, wenn er das Richtige meint. Weil es nach Qualitätsverlust, schwindender Kompetenz und nach Sparefroh klingt. Dabei will es nichts anderes, als die Dinge zurück auf den Boden holen und dem in einigen Bereichen mittlerweile pathologischen Akademisierungsdrang (ohne dementprechende Gehälter und

Arbeitsbedingungen) Einhalt gebieten. Qualifizierte Arbeit im Sozialbereich und in der Pflege kann auch leisten, wer nicht in Deutsch maturiert hat. Erst recht wenn diese Kräfte höher qualifiziertes Fachpersonal zur Seite haben, das anleitet, führt, berät, hilft. De-Professionalisierung unter professioneller Führung also.

Man muss nicht unbedingt so weit gehen wie gegenwärtig die Gastronomie, die echte Schnellsiederkurse für Quereinsteiger anbietet: in drei Tagen zum Kellner, in vier Wochen zum Alleinkoch. Aber es wird höchste Zeit, ernsthaft darüber zu diskutieren, welche Qualifikationen in absoluten Mangelberufen für wen tatsächlich notwendig sind. Denn eines könnte die Politik von der Gastro lernen: Die menschenunwürdigsten Pflegeheime, die miesesten Kindergärten und die Schulen mit den teuersten Spätfolgen sind die, die wegen Personalmangels schließen mussten. Die ersten sind schon zu.

„HEIMAT HEISST NACH VORNE BLICKEN UND GESTALTEN“

Der Trend zum Leben am Land in dörflichen Strukturen sei für Niederösterreich kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, sagt Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (BAB) im ACADEMIA-Gespräch. Sie will die Modernisierung Niederösterreichs vorantreiben und das Land für künftige Zeiten noch fitter machen.

WILHELM ORTMAYR



Frau Landeshauptfrau, ich erinnere mich gut an unser Gespräch vor fünf Jahren. Wer heute das Interview von damals liest, denkt sofort: „Da war die Welt noch in Ordnung“. Für uns alle sind die vergangenen Jahre anders verlaufen als erwartet beziehungsweise erhofft. Vor welchen neuen Herausforderungen siehst Du Niederösterreich heute?

Eine Zeit wie diese, mit Inflation und Teuerungen, erfordert nicht nur entschlossenes Handeln in der Gegenwart, um die Menschen gut durch die Krise zu führen, es braucht auch den vorausschauenden Blick in die Zukunft. Daher haben wir in Niederösterreich in diesem Jubiläumsjahr „100 Jahre Niederösterreich“ nicht nur zurück, sondern im Rahmen unserer Landesstrategie 2030 auch nach vorne geblickt: Im Miteinander aller Parteien,

unter Einbindung heimischer und internationaler Experten und unter Einbeziehung aller Landsleute im Rahmen der größten Haushaltsbefragung, die besagt, dass 9 von 10 mit Niederösterreich als ihre Heimat verbunden sind. Die Ergebnisse kann man unter www.meinlanddenktanmorgen.at nachlesen.

Wie handelt sich Niederösterreich durch die Krisen? Soll heißen: Wo seht ihr als Regierung den größten Bedarf an öffentlicher Unterstützung?

Auf Landesebene tun wir alles, um die Menschen gut durch die Krise zu bringen. Darum unterstützen wir auch finanziell dort, wo die Menschen die Teuerung am meisten zu spüren bekommen: beim Schulstart, beim Heizen, bei den Kosten fürs Wohnen und Pendeln und beim Strom. Denken wir an den blau-gelben Strompreiserabatt, der unterstützt und zum Stromsparen animiert. Er wurde mittlerweile über 450.000 Mal beantragt.

Daneben dürfen wir aber nicht auf das vergessen, was sonst noch in und für Niederösterreich zu tun ist: In den Bereichen Arbeit und Aufschwung, Mobilität, Familie, Gesundheit, Klima und Umwelt. Und da ist natürlich das Thema Energie und Energieunabhängigkeit ganz wichtig, weil wir die Menschen entlasten, mehr Versorgungssicherheit schaffen und die Umwelt schützen wollen. Da sind wir schon jetzt Vorreiter.

Die Hälfte des gesamten österreichischen Windstromes kommt aus Niederösterreich, so wie auch ein Viertel des Photovoltaikstromes.

Jetzt aber wollen wir diesen Weg in die Energieunabhängigkeit noch konsequenter gehen, mit dem größten Ausbauprogramm in ganz Österreich. Auf diesem Weg verdreifachen wir die Windkraft, mehr als vervierfachen wir die Sonnenkraft, steigern die Leistung der Wasserkraft, bauen zusätzliche Biomasse-Anlagen und investieren jährlich 250 Millionen Euro in unsere Stromnetze.

Über den notwendigen Breitbandausbau, also Kabel statt Funk, haben wir uns auch schon vor fünf Jahren unterhalten. Niederösterreichs wollte kräftig investieren. Was ist daraus geworden?

Es kommen weitere Investitionen und Impulse, um den Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor am Laufen zu halten. Der Bund hat die Mittel für Niederösterreich aus der zweiten Breitband-Milliarde zugesagt. Diese insgesamt 232,5 Millionen Euro sind die Basis, damit der Glasfaserausbau mit hohem Tempo fortgesetzt werden kann. Mit diesen Fördermitteln werden rund 530 Millionen Euro an Investitionen in knapp 300 ländlichen Gemeinden in Niederösterreich ausgelöst. Damit sind enorme Wertschöpfungs- und Arbeitplatzeffekte verbunden, gerade für heimische Firmen.

HILF EINER FRAU! RETTE EINE FAMILIE!

Steyler Missionare kennen das Unrecht, das Frauen in Togo und Benin angetan wird. Als Marcelines Mann starb, nahm ihr seine Familie das Land weg. Somit konnte sie nichts mehr anbauen und folglich kein Einkommen generieren. Ihr Schicksal ist kein Einzelschicksal. Frauen werden misshandelt, müssen in polygame Beziehungen einwilligen oder übernehmen die Verantwortung für die eigenen Kinder und oftmals für Kinder ihrer Verwandten.

Aber sie sind stark und wollen wirtschaftlich unabhängig werden. Sie, liebe Leser, können ihnen die Tür zur Selbstständigkeit öffnen. Denn sie brauchen nur eine Anstoßfinanzierung.

Einige wollen einen Lehrberuf ergreifen, andere mit einer Hühner- oder Schweinezucht beginnen.

Helfen ist so einfach:

€ 25,- kosten acht Hühner; € 67,- zwei Schweine und € 201,- kostet eine Ausbildung zur Friseurin.

Bitte schenken Sie diesen mutigen Frauen ihre wirtschaftliche Freiheit!



Steyler Missionare
Missionsprokur St. Gabriel International



Spenden: IBAN: AT26 2011 1800 8068 0800
Spendenzweck: 1244X
www.steylermission.at

Breitband und der öffentliche Verkehr bekommen stetig mehr Platz auf der politischen Agenda, der Ausbau der Individual-Verkehrsinfrastruktur, also der Straßen, immer weniger. Folgt Niederösterreich diesem Trend?

Mobilität heißt für uns, allen Menschen in Niederösterreich jene Form der Mobilität anzubieten, die auf die Bedürfnisse eines jeden einzelnen zugeschnitten ist. Die Zeit steht nicht still. Wir investieren heute vier Mal so viel in den Öffentlichen Verkehr wie noch vor zehn Jahren.

In den nächsten fünf Jahren werden rund 400 km Eisenbahnstrecken ausgebaut und modernisiert und mehr als 40 neue und moderne Doppelstock-Zuggarnituren eingesetzt. Wir nehmen 16 Akkuzüge in Betrieb, beispielsweise auf der Kamptalbah-Linie zwischen Horn und Krems und ersetzen damit die alten Dieseltriebwagen.

Klar ist aber auch: Für ein Flächenbundesland wie Niederösterreich gilt es, für alle Verkehrsarten ein Angebot zu erstellen – vom privaten PKW, dem Fahrrad und dem Zu-Fuß-Gehen bis hin zum Öffentlichen Verkehr. Daher bauen wir in den kommenden fünf Jahren auch P&R- sowie B&R-Stellplätze massiv aus.

Mit besserer Verkehrsanbindung könnten auch das Wald- und Weinviertel von Abwanderungsgebieten zu Zentren des Zuzugs werden. Oder bleibt das mein Wunschtraum?

Niederösterreich ist heute in allen Landesteilen ein dynamisches und lebenswertes Bundesland – mit den Dörfern als Rückgrat der Entwicklung. Es ist uns bereits vieles gelungen, etwa unsere Dezentralisierungs-Offensive mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen des Landesdienstes in den ländlichen

Raum oder unser Breitbandmodell „noeGIG“, mit dem wir den Glasfaserausbau in allen Regionen vorantreiben. Oder denken wir an die Nahversorger – Niederösterreich hat so viele wie kein anderes Bundesland.

Wissenschaftliche Studien sagen uns, dass der Megatrend Urbanisierung zwar immer noch anhält, dass sich aber auch der Gegentrend, also Stadtfucht, aufgrund verschiedenster Faktoren wieder verstärkt. Nun gilt es, all die Chancen für Land und Leute aufzugreifen, die dieser Trend mit sich bringt.

Niederösterreich hat seine Wissenschafts- und Bildungslandschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten vorbildlich entwickelt. Welche neuen Schritte sind geplant?

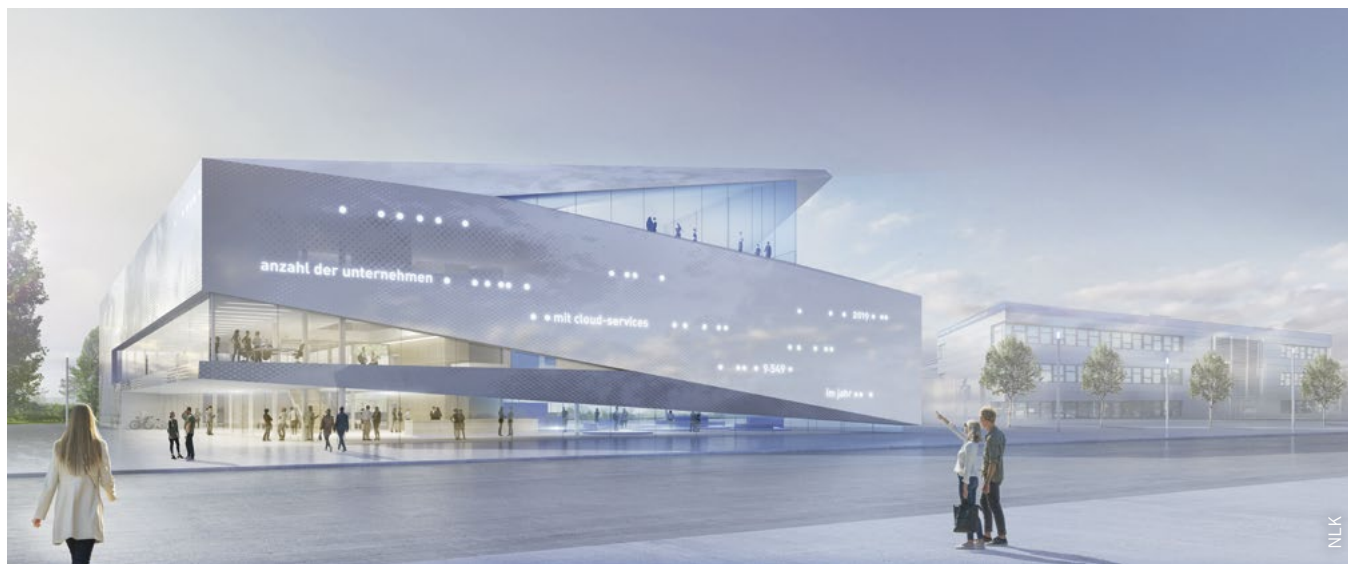
Entlang unserer Wissenschaftsachse von Krems über Wieselburg nach St. Pölten und Tulln bis nach Klosterneuburg und Wiener Neustadt wird Forschung auf

internationalem Topniveau betrieben. Damit werden wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben, den Boden für Innovationen ebnen, Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität der Menschen verbessern.

Ein konkretes Beispiel: Bei MedAustron, einer unserer internationalen Forschungs-Leuchttürme, haben bereits über 1000 krebskranke Menschen, darunter viele Kinder, von der Protonen- und Kohlenstoffionen-Therapie profitiert. Ein wahres Vorzeigeprojekt.

Wir investieren jährlich an die 120 Millionen Euro in Wissenschaft und Forschung und wir bringen Forschung, Unternehmen und eine hochwertige Ausbildung noch näher zusammen. Zum Beispiel im Haus der Digitalisierung, das Ende des Jahres seine Pforten öffnet.

Räumlich gesehen findet höhere Bildung in Niederösterreich stark in den Ballungsräumen statt.



Am Campus Tulln entsteht derzeit das inhaltlich wie architektonisch spannende Haus der Digitalisierung.

Gibt es auch hier Trends zur Dezentralisierung?

Selbstverständlich. Denken wir an die Gesundheits- und Krankenpflegeschule im Landeskrankenhaus in Mistelbach. Bereits seit Herbst 2022 ist der neue Bachelor-Studiengang für Gesundheits- und Krankenpflege, und zwar als dislozierter Standort des IMC FH Krems, gestartet. Oder an das erste Europäische Klimaschutz-Ausbildungszentrum, das wir im Waldviertel in Sigmundsherberg eröffnen werden, wo bis zu 66.000 neue Arbeitsplätze entstehen und 6 Millionen Euro investiert werden.

Darüber hinaus braucht es natürlich auch den Ausbau der Schulstandorte, vor allem dort, wo der Zuzug besonders stark zu spüren ist und wo der Arbeitsmarkt danach verlangt. Im Weinviertel etwa schaffen wir mit dem neuen Gymnasium Gerasdorf und dem Kolleg Mistelbach für Digital Business sowie dem Technischen IT-Kolleg in Gänserndorf wichtige Bildungsleuchttürme.

Du hast jüngst die strengereren Kreditregeln der FMA als „zu überbordend“ kritisiert, weil für viele junge Menschen und Jungfamilien damit die Schaffung von Eigentum fast unmöglich wird. Wie will Niederösterreich ihnen helfen?

Es ist eine klare Forderung von mir, dass das Eigenheim weiterhin leistbar bleiben muss. Denn es ist die beste Altersvorsorge und schützt vor Altersarmut. Deshalb

habe ich in einem ersten Schritt die Finanzmarktaufsicht aufgefordert, diese Verordnung zu überprüfen.

Und wir werden auch unsere Landsleute beim erstmaligen Eigentumserwerb mit einer Haftungsübernahme beim Eigenmittelanteil unterstützen, indem wir in Niederösterreich zukünftig bei der Aufbringung der Eigenmittelquote eine Haftungsübernahme von fünf Prozent anbieten, damit wird die Eigenmittelquote auf 15 Prozent reduziert. Somit wird es vor allem für die jungen Familien einfacher, die Eigenmittelquote aufzubringen.

Apropos Jugend: Die jüngste Wertestudie unter den 16- bis 29-Jährigen zeigt einen Rekordwert an Zustimmung bei der Frage: „Wie wichtig ist Dir Heimat“? Überrascht Dich das?

Die täglichen Schlagzeilen sagen uns: Die Welt ist im Umbruch, uns plagen globale Abhängigkeiten und schlechte Nachrichten aus der ganzen Welt. Aber es gibt in dieser Zeit auch eine gute Nachricht: Es gibt einen Platz, wo unser Tun und Handeln noch viel bewirken kann. Das ist der Platz, an dem wir leben. Das ist unsere Heimat Niederösterreich.

Dieses Bewusstsein wollen wir heuer auch im Rahmen unseres Jubiläums schärfen. Wir feiern in diesem Jahr 100 Jahre eigenständiges, souveränes Niederösterreich, wo wir in den Mittelpunkt stellen, was uns wert und wichtig ist: unsere Tradition, unser

Brauchtum, unser kulturelles Erbe, unser Glauben und der blau-gelben Erfolgsgeschichte.

„In diesen 100 Jahren hat sich Niederösterreich vom reinen Agrarland zum Agrarland Nummer eins und Tourismus-, Kultur-, Sport-, Wirtschafts- und Wissenschaftsland entwickelt.“

unsere Landsleute. Vor allem jene, die so viel zur guten Entwicklung Niederösterreichs beigetragen haben, wenn wir an die vielen K-/Carteller wie Leopold Figl denken. Das zeigt uns: Der ÖCV und der

schichte. In diesen 100 Jahren hat sich Niederösterreich vom reinen Agrarland zum Agrarland Nummer eins und Tourismus-, Kultur-, Sport-, Wirtschafts- und Wissenschaftsland entwickelt.



Kairo & der beeindruckende Nil

Wir haben noch einige Plätze frei!
Bitte rasch anmelden!

14.02. – 23.02.2023
Flug ab/bis Wien, Inlandsflug, 2 x Nächtigung mit HP in Kairo im 5* Hotel mit u.a. Besuch der weltberühmten Pyramiden und des Ägyptischen Nationalmuseums, 7 x VP auf einem 5* Nilkreuzfahrtschiff ab/bis Luxor, deutschsprachige Reiseleitung ab € 1.950,- p.P.

**Informationen: Dr. Helmut Zehmann v/o Hermes, Am 02262/63977 oder 0676/3045855
helmut.zehmann@aon.at
reisewelt.at**

öcv-Reise REISEWELT

DIE POST-FASCHISTIN MUSS IN DIE MITTE RÜCKEN

Giorgia Meloni hat mit einem geschickt angelegten Wahlkampf klare Mehrheiten geholt. Doch um erfolgreich regieren zu können, braucht Italiens erste postfaschistische Ministerpräsidentin nun die politischen Kräfte der Mitte und vernünftige Konzepte. In Rom und Brüssel ebenso wie in Südtirol.

HERBERT DORFMANN



Das Ergebnis der Parlamentswahl in Italien war vieles, nur überraschend war es nicht. Das liegt auch daran, dass die Ursachen schon in der Wahl im März 2018 zu suchen sind. Obwohl das Wahlgesetz durch eine Kombination aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht eigentlich die Bildung einer klaren Mehrheit im Parlament ermöglichen sollte, ergab sich damals ein Parlament ohne Mehrheit – weder

einer logischen noch einer ideologischen. Der im Ausmaß damals überraschende Wahlsieg der 5-Sterne-Bewegung ermöglichte weder eine Mitte-Links- noch eine Mitte-Rechts-Mehrheit und letztendlich wurde eine Regierung aus 5-Sterne-Bewegung und Lega gebildet.

Nur gut ein Jahr später, im September 2019, wechselte die 5-Sterne-Bewegung den Koalitionspartner. Es wurde

eine Mitte-Links-Regierung gebildet, die um Italia Viva von Ex-Ministerpräsident Matteo Renzi erweitert und weiterhin von Giuseppe Conte angeführt wurde. Wieder ein gutes Jahr später war es dann Matteo Renzi, der diese Koalition platzen ließ. Es kam zu einer Fast-Allparteienregierung, die vom ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi angeführt wurde. Diese Expertenregie-

rung wurde von vielen Italienern respektiert, doch es war eine Regierung jenseits eines demokratischen Grundverständnisses.

Giorgia Meloni, deren Partei Fratelli d'Italia 2018 noch weniger als fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, hat diese vollkommen verunglückte Legislaturperiode konsequent für ihre Zwecke genutzt. So blieb Fratelli d'Italia in dieser Zeit

die einzige Partei, die sich an keiner Regierung beteiligte, nicht einmal, als es zur Allparteienregierung unter Führung Mario Draghis kam. Der Appeal der Wahlsieger von 2018, 5-Sterne-Bewegung und Lega, beide Parteien mit populistischem Anstrich, als Antikonformisten und Erneuerer wurde hingegen im Alltag der Regierungsarbeit aufgegeben. Dabei hat sich vor allem die 5-Sterne-Bewegung immer weiter von ihrer ursprünglichen Identität entfernt und zu einer vollkommen systemkonformen linksliberalen Regierungspartei entwickelt. Giorgia Meloni war intelligent genug, die Massen an Wählern, die sich von diesen Entwicklungen verraten fühlten, aufzufangen und zur einzigen lauten Oppositionskraft in Italien zu werden.

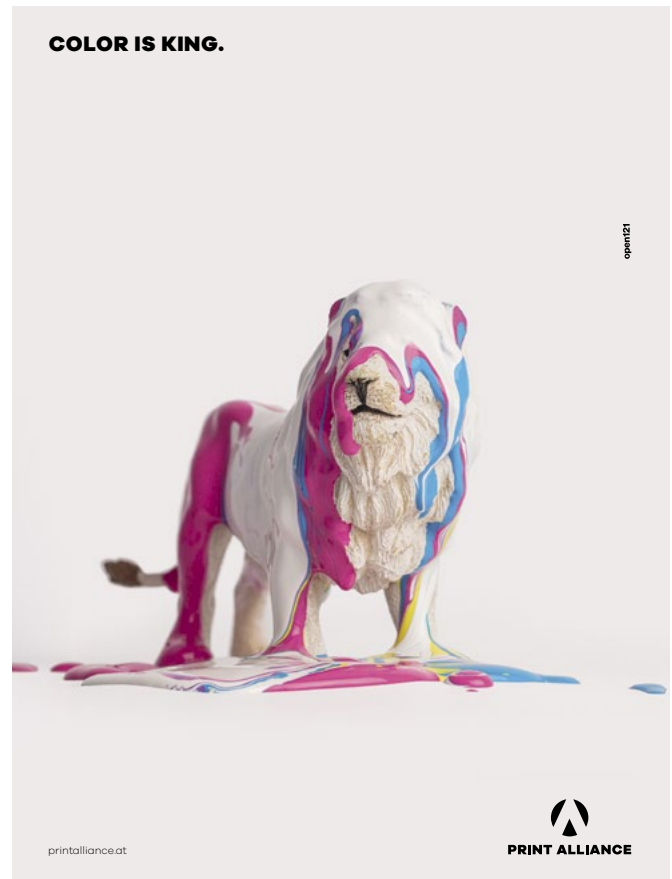
ZUM RECHTEN ZEITPUNKT MIT SEHR SCHLAUER TAKTIK

Als im Sommer 2022 die Regierung Draghi platzte, verstand Giorgia Meloni, dass ihre Stunde geschlagen hatte. Sie schmiedete zuerst eine solide Koalition der Parteien im Mitte-Rechts-Lager und rang dem Parteivorsitzenden dieses Lagers dann das Versprechen ab, dass jene Partei den Ministerpräsidenten stellen könne, die die meisten Stimmen erhalten würde. Bereits damals war klar, dass dies wohl Fratelli d'Italia sein würde.

Gleichzeitig waren die Parteien im Mitte-Links-Lager nicht imstande, eine ähnliche

Koalition zu bilden. Mit dem derzeitigen Wahlgesetz, das Blockbildungen großzügig belohnt, war das Ergebnis damit mehr als vorhersehbar. Obwohl der Mitte-Rechts- und der Mitte-Links-Block ungefähr gleich viele Stimmen erhalten hatten, sicherten sich die drei Mitte-Rechts-Parteien eine klare Mehrheit in beiden Kammern, bildeten in der Folge eine Regierung und Fratelli d'Italia, stärkste Partei des Blocks, ernannte die neue Ministerpräsidentin, die nur Giorgia Meloni heißen konnte. Damit hat das republikanische Italien zum ersten Mal eine Regierungschefin, die aus einer postfaschistischen Partei kommt.

Nachdem sich diese Entwicklung bereits seit Monaten angekündigt hatte, musste dies in der EU und auch in Südtirol bereits vor den Wahlen Bedenken auslösen. Groß war die Befürchtung in Brüssel, eine von Fratelli d'Italia geführte Regierung in Italien könnte das Lager der EU-Kritiker vergrößern. Zudem plant die EU eine Vertragsänderung, mit der sie neue Kompetenzen übernehmen könnte und das institutionelle Gefüge in Brüssel neu geordnet werden soll. Auch hier wäre ein radikaler Gegenwind aus Rom fatal. Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, ließ sich deswegen wenige Tage vor der Wahl in Italien zur wenig hilfreichen Aussage hinreißen, dass die EU Mittel und Wege hätte, Italien in die Schranken zu weisen, wenn die Regierung sich nicht dem



Brüsseler Willen beuge. Diese Aussage wurde in Italien als Besserwisseri und Belehrung verstanden und von Giorgia Meloni perfekt für ihren Wahlkampf genutzt.

DIE ERSTEN GESTEN: VERBINDLICH, AUSGLEICHEND

Nach der Wahl forderten dann einige deutschsprachige Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus dem liberal-linken Spektrum, man solle Forza Italia aus der EVP ausschließen, sollte diese eine Koalition mit Fratelli d'Italia eingehen. Giorgia Meloni hatte zu diesem Zeitpunkt noch keinen Regierungsauftrag. Die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im EP, Iraxte García Pérez nannte die neu-

en italienischen Regierungsparteien „neofaschistisch“. Auch dieser Schuss ging nach hinten los, er ist ja auch, zumindest was Lega und Forza Italia betrifft, absurd. So kann die Lega, die über Jahrzehnte einen Kampf für die Teilung Italiens und gegen das „diebische Rom“ geführt hatte, wohl kaum neofaschistisch sein.

Giorgia Meloni war auch clever genug, um genau in dieser Phase klarzustellen, dass die neue Regierung „proatlantisch und pro Ukraine, klar gegen Russland“ sein werde. Zudem führte die erste Auslandsreise Meloni nach Brüssel, was dort sehr wohlwollend aufgenommen wurde. Zwar ist klar, dass die neue Regierung in Rom

Giorgia Meloni
Mitte-Rechts-Koalition
im Quirinalspalast,
Oktober 2022



die konservative ECR-Fraktion im Europäischen Parlament stärken wird, doch Giorgia Meloni dürfte wenig Interesse haben, gemeinsam mit Viktor Orbán das Enfant terrible der EU-Politik zu spielen. Dazu braucht sie vor allem die EU-Milliarden aus dem Covid-Wiederaufbau-fonds zu dringend.

KEIN PLATZ FÜR ALTE KONFRONTATIONSMUSTER

In Südtirol wurde der Aufstieg von Fratelli d'Italia von großen Teilen der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung mit großer Sorge verfolgt. Natürlich wäre es oberflächlich, die Partei generell als Postfaschisten hinzustellen. Und natürlich wäre es auch falsch anzunehmen, dass rund ein Viertel der italienischen Bevölkerung postfaschistisch wäre, weil es sich bei den Wahlen für Fratelli d'Italia entschieden hat. Aber es kann auch nicht darüber hinweggesehen werden, dass es in Italien und besonders in der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols nach wie vor Verehrer des Faschismus

gibt. Meloni wird auch diesen Teil ihrer Wählerschaft befriedigen müssen. Wenn man sich das Elend anschaut, das der Faschismus und der Nationalsozialismus in Südtirol angerichtet haben, ist die Skepsis gegenüber der neuen Regierung in der Südtiroler Bevölkerung durchaus nachvollziehbar.

Es gilt nun abzuwarten, wie sich die neue Regierung und auch Giorgia Meloni selbst in Sachen Südtirol benimmt. Im schlechteren Fall bedient sie alte, inzwischen weitgehend abgebaute Ressentiments. Dies würde im Parteienspektrum Südtirols auf beiden Seiten die Extremisten stärken und das Zusammenleben erschweren. Innerhalb der Südtiroler Volkspartei würden jene Kräfte gestärkt, die sich strikt gegen jedwede Zusammenarbeit mit dieser Regierung ausgesprochen haben. Im positiven Fall nutzt

die Ministerpräsidentin das politische Moment, um auch den italienischsprachigen Bürgern in Südtirol aufzuzeigen, dass in einer zeitgemäßen Mitte-Rechts-Politik für postfaschistische Träume kein Platz ist.

Viele italienischsprachige Südtiroler Bürger empfinden die Südtirol-Autonomie immer noch als ein reines Zugeständnis an Deutsche und Ladinier zu Lasten der Italiener. Ein starker Staat ist für sie eine Art Schutzmacht. Wenn es der Regierung Meloni gelingt, den Italienern klarzumachen, dass die Autonomie allen Volksgruppen nutzt und der Antagonismus Staat-Autonomie überholt ist, bietet sich durchaus die Chance, das Zusammenleben weiterzuentwickeln. Dazu muss die Regierung positive Signale in Richtung der SVP als deutschsprachige Regierungspartei aussenden.

Zudem muss die Regierung sehr klar reagieren, wenn postfaschistische Gruppen in Bozen glauben, sie könnten wieder mit ihren Umtrieben in Bozen und besonders vor dem Bozner Siegesdenkmal beginnen. Rom muss der italienischsprachigen Bevölkerung in Südtirol klar machen, dass es keinen Weg zurück zu alten Denkmustern gibt, sondern nur einen Weg nach vorne in eine Zeit, in der alle Volksgruppen in Südtirol das Land als ihre Heimat empfinden und gemeinsam im Rahmen einer modernen Autonomie gestalten. Ergreift die neue italienische Regierung diese Chance, würde sie die extremen politischen Kräfte auf beiden Seiten schwächen und innerhalb der SVP jene Kräfte stärken, die sich für eine kritische, aber konstruktive Zusammenarbeit mit dieser Regierung aussprechen.



Dott. Herbert Dorfmann

ist seit 2009 SVP-Abgeordneter im Europäischen Parlament in Brüssel. 1969 in Brixen geboren, studierte er in Piacenza Agrarwissenschaften, war zehn Jahre Direktor des Südtiroler Bauernbundes und von 2005 bis 2009 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Feldthums.

Dank Sonnenstrom: Flughafen Wien arbeitet CO₂-neutral



Der Flughafen Wien reduziert seine **CO₂-Emissionen um 60.000 Tonnen pro Jahr.**



Der Flughafen setzt auf Photovoltaik:
55.000 Photovoltaik-Paneele auf 24 Hektar liefern 24 Megawatt Peak Sonnenstrom.



Damit deckt der Flughafen **bis zu 40% des Jahresstromverbrauchs** für sich und 250 Unternehmen.



OMV versorgt mit **CO₂-neutraler Fernwärme** den Flughafen mit seinen 150 Gebäuden.



Bereits rund **400 E-Fahrzeuge** sind am Airport unterwegs.



Erdwärme und Sonnenenergie versorgen den Office Park 4, **eines der nachhaltigsten Bürogebäude Österreichs.**



Durch ein wirksames Energieeinsparungsprogramm wurde der **Energieverbrauch um rund 40% reduziert.**

Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe und Online auf:

viennaairport.com/co2neutral

MEHR INFOS



DER PROPHET UND DAS EIGENE LAND

Der Prophet gilt nichts im eigenen Land (siehe Mt 13,57; Mk 6,4). So zog auch der 150. Jahrestag der Gründung der Österreichischen Schule der Nationalökonomie an der heimischen Öffentlichkeit fast unbemerkt vorbei. Zwei, drei Zeitungsartikel, eine Ausstellung und eine Konferenz, das war's. Hochkarätige Symposien und spezielle Publikationen – das fand alles in den USA oder Frankreich statt.

GERHARD JANDL



Carl Menger, Medaillon an der Uni Wien

Erfreulicherweise hat nunmehr der Philosoph und Ökonom Alexander Linschler, der an den Unis Wien und Graz lehrt, mit Unterstützung der Nationalbank, der Stadt und der Uni Wien, der WKO und einiger anderer einen Band vorgelegt, der sich den „Köpfen und Ideen“ dieser Schule widmet.

NOTWENDIGES BILLIG UND ÜBERFLÜSSIGES TEUER

1871 veröffentlichte Carl Menger in Wien seine Habilitationsschrift *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, die zum Gründungsdokument dieser wissenschaftlichen Strömung wurde. Menger hat sich als junger Wirtschaftsjournalist der *Wiener Zeitung* darüber gewundert, dass die gängigen ökonomischen Theorien zur Wert- und Preisbildung mit der realen Situation im Geschäftsleben so überhaupt

nicht zusammenpassten. Er entdeckte, dass die Menschen (in der Regel, ohne sich dessen bewusst zu sein) den Wert eines Gutes generell danach einschätzen, wie wertvoll ihnen die letzte, gerade noch konsumierte Einheit dieses Gutes in ihrer unwichtigsten Verwendung ist. Der Wert des Wassers bestimmt sich also nach dem Wert, den der Verbraucher dem letzten gerade noch zum Rasensprengen verwendeten Liter beimisst, und nicht nach dem ersten Liter, den er zum lebensnotwendigen Trinken braucht. Mit diesem „Grenznutzen“ konnte Menger endlich das Paradoxon erklären, warum unverzichtbare Güter wie Wasser oder Brot so billig sind, entbehrliche Dinge wie Diamanten oder Gold hingegen so teuer. Solche und andere ökonomische Gesetzmäßigkeiten gelten laut Menger unabhängig von Raum und Zeit. Das brach-

te ihn in erbitterten Widerstreit mit der in Deutschland herrschenden Historischen Schule, derzufolge nur Aus sagen über einen bestimmten Wirtschaftsraum in einer bestimmten historischen Situation möglich wären.

Die von Menger angestoßenen Gedanken sind von seinen Lehrstuhlnachfolgern an der Wiener Uni, allen voran Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk (der Herr vom 100-Schilling-Schein), aufgegriffen und auf andere Bereiche der Ökonomie erweitert worden, sodass eine richtige Volkswirtschaftslehre-Schule mit der Alma Mater Rudolphina als Zentrum entstand. Doch nach wenigen Jahrzehnten

wirkte bereits das Sprichwort vom Propheten in seiner Heimat. Schon die dritte Generation der „Österreicher“ hatte keine Lehrstühle mehr an der Uni Wien: Ludwig von Mises hielt sein – wenn gleich überaus berühmtes – Privatseminar an der Wiener Handelskammer, und Joseph Schumpeter (wenn man ihn denn überhaupt zur Öster reichischen Schule rechnen will) folgte dem Ruf nach Graz. Nach 1938 war es ohnehin mit jedem freien Wirtschaftsleben in Österreich vorbei, und die meisten gingen, zum Teil über Zwischenstationen, in die USA. Der bekannteste, Friedrich August Hayek, erhielt 1974 den Nobelpreis, was dem offiziellen Österreich geradezu peinlich



Eugen von Böhm-Bawerk auf dem 100-Schilling-Schein von 1984

war, war der Liberale doch der scharfsinnigste Kritiker des hoch im Kurs stehenden John Maynard Keynes. Prophet in der Heimat, wie gehabt. Persönlich waren Hayek und Keynes übrigens nicht verfeindet, und ihre Theorien liegen auch gar nicht so weit auseinander, wie ihre Apologeten darstellen, arbeitet Linsbichler heraus.

Heute wird hierzulande die Österreichische Schule, wenn man Glück hat, bestenfalls noch im Fach Theoriegeschichte abgehandelt. In den USA (oder auch in Südkorea) hingegen erfreuen sich ihre Abkömmlinge nach wie vor großen Einflusses – wenn gleich keiner der nunmehrigen „Austrians“ und „Neo-Austrians“ persönliche Anknüpfungen an (Alt-)Österreich hat.

Es geht nicht darum, dass die eine oder andere Schule „recht“ hat, betont der Grazer Volkswirtschaftsprofessor Heinz Kurz (siehe ACADEMIA 4/2018 und 1/2021), dessen kompakte und leicht lesbare *Geschichte des ökonomischen Denkens* Ende 2022 in einer aktualisierten Neuauflage erscheint. Es gehe vielmehr darum, sich kritisch

mit den Ideen des einen oder anderen Denkers auseinanderzusetzen und sowohl aus dessen Erkenntnissen als auch Fehlschlüssen zu lernen. Nur so könne sich das Wissen der Menschheit und seine Anwendbarkeit für die Praxis stetig verbessern. Das gilt laut Kurz für die „Österreicher“ (die in seinem Buch natürlich auch prominent vorkommen) genauso wie für jede andere Strömung.

WIENER SPÄTAUFKLÄRUNG

Dass die Österreichische Schule im ausklingenden 19. Jahrhundert in Wien entstand, ist für Linsbichler kein Zufall. Die Atmosphäre in der Hauptstadt des Vielvölkerreiches war von einer ausgesprochen toleranten Gesprächskultur gekennzeichnet. In den Seminarräumen der Uni, in den privaten Gelehrten salons und im Kaffeehaus (ja, auch hier fand Wissenschaft statt) ging man zwar sehr kritisch miteinander um, gleichzeitig herrschte aber großes Interesse am interdisziplinären Austausch und die grundsätzliche (und uns heute vielleicht abhanden gekommene) Einsicht, dass eventuell auch der andere recht haben könnte.



Auf dem „Camino del Norte“ nach Santiago de Compostela

10-tägige Studienreise mit ÖCV-Reisen und Dr. Helmut Zehmann vom 21. bis 30.4.2023

Unsere Reise zum Grab des Jakobus führt über die nördliche Route des Pilgerweges, teilweise entlang der asturischen und kantabrischen Küste. Beginnend mit einem Besuch im spektakulären Guggenheim-Museum in Bilbao, über die für ihre steinzeitliche Höhlenmalerei berühmte Höhle von Altamira, erreichen Sie Santiago de Compostela.

Informationen und Anmeldung: Dr. Helmut Zehmann (Am)
Tel.: 0676/3045855, helmut.zehmann@aon.at



BIBLISCHE REISEN GMBH
Stiftsplatz 8, 3400 Klosterneuburg
Tel. 02243/35377-0, info@biblische-reisen.at
www.biblische-reisen.at

Die Größe und Vielfalt der Monarchie wird wohl eine Rolle gespielt haben: Menger und Mises stammten aus Galizien, Böhm-Bawerk und Schumpeter aus Mähren, der (halb zur Österreichischen und halb zur Historischen Schule zählende) Eugen von Philippovich hatte kroatische Wurzeln. Hayek, Wieser und die bekannteste „Österreicherin“, Martha Stephanie Braun (später Browne), waren Wiener.

Die Fokussierung nicht auf bloße Information, sondern auf Wissen – im Sinne einer analytischen Interpretation der Fakten – sei typisch für die damalige „Wiener Spätaufklärung“ gewesen. Und eine weitere Besonderheit unterstreicht Linsbichler: Die „Österreicher“ stellten von Anfang an das Handeln des Individuums ins Zentrum der Beobachtung. Eine Wirtschaftstheorie könne nur dann stichhaltig sein, wenn sie berücksichtigt, dass Wirtschaften nichts anderes ist als das Streben des einzelnen nach Befriedigung seiner höchstpersönlichen Bedürfnisse unter Heranziehung von meist knappen Gütern (sog. methodologischer Subjektivismus); und dass die gesamtwirtschaftlichen Prozesse nichts anderes sind als das Zusammenwirken von Millionen solcher individueller Entscheidungspfade, die dann die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ausmachen, ohne dass die einzelnen Akteure es so beabsichtigt hätten (sog. methodologischer Individual-

ismus). Das alles erfordert die Einbeziehung psychologischer, soziologischer, sozialer, politischer Aspekte, mithin von „viel mehr als nur Ökonomie“ allein. Niemand könne ein guter Ökonom sein, der nur Ökonom ist, waren Mises, Hayek und übrigens auch Keynes überzeugt.

Das Betrachten der individuellen Person mit ihren Bedürfnissen, Anliegen und Vorlieben, das einfühlernde Verstehen des einzelnen Akteurs, sei der Volkswirtschaftslehre mittlerweile abhandengekommen, kritisieren Freunde der Österreichischen Schule, denen der mathematische Fokus der heutigen Ökonomik zu sehr vom echten Leben abschweift.

AUS ERFOLGEN UND IRRTÜMERN LERNEN

Typisch für den Praxisbezug der „Österreicher“ war, dass einige neben ihrer Uni-Karriere öffentliche Funktionen übernahmen: Menger als Tutor von Kronprinz Rudolf, und Wieser, Böhm-Bawerk sowie Schumpeter als Handels- bzw. Finanzminister, letzterer überdies als Bankier. Außer bei Böhm-Bawerk ist das aber meist nicht gutgegangen: Menger geriet bei Hofe in Verdacht, dem Kronprinzen krause Ideen eingepflanzt und damit dessen Selbstmordplan verstärkt zu haben; Wieser und Schumpeter mussten ihre Regierungsposten bald wieder räumen, weil sie keine Hausmacht hatten und sich keiner Parteidis-



Joseph Schumpeter, neben Hayek der international renommierteste österreichische Ökonom

ziplin unterwarfen; Schumpeters Bank ging pleite. Die Generationen im amerikanischen Exil hingegen wirkten höchst einflussreich: Gottfried Haberler, Fritz Machlup und Oskar Morgenstern prägten die Währungs-, die Bildungs- und die Verteidigungspolitik der USA massiv.

Ökonomen können, wie alle Humanwissenschaftler, manchmal daneben liegen, wie sich auch an der derzeit herrschenden Krise zeigt. Umso wichtiger, die eigene Urteilsfähigkeit zu schärfen und, wie Heinz Kurz betont, sich gegen die Vorstellung zu immunisieren, dass die zeitgenössischen – bzw. die

aus den Medien bekannten – Ökonomen nur richtige Ideen äußern. Seine neueditierte *Geschichte des ökonomischen Denkens* kann den Durchblick deutlich verbessern.

Alexander Linsbichler:
**Viel mehr als nur Ökonomie:
 Köpfe und Ideen der
 österreichischen Schule
 der Nationalökonomie**
 Böhlau-Verlag Wien, 2022
 ISBN: 978-3205215691

Heinz D. Kurz:
**Geschichte des
 ökonomischen Denkens**
 3. Auflage,
 CH Beck Wissen, Beck'sche Reihe,
 München, erscheint Ende 2022
 ISBN: 978-3406778711

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

S. 26: Hubertl / Wikimedia Commons / Bronzetafel zu Ehren von Carl Menger im Arkadenhof der Universität Wien / wikipedia.org / CC BY-SA 4.0

S. 27: 100-Schilling-Schein / Wikimedia Commons | Public Domain

S. 28: Joseph Schumpeter / Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek



HERBERT KASPAR

DIE EROSION DES VERTRAUENS

Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik ist – so eine ganz aktuelle, seriöse Studie von „Integral“ – auf einen Allzeit-Tiefpunkt gesunken. Satt 59 (!) Prozent der Befragten halten die Chefs der fünf Parteien für unfähig; nur mehr 26 Prozent haben Vertrauen in die Bundesregierung, obwohl – oder weil?! – diese nach dem Motto „Koste es, was es wolle!“ eine Wohltat nach der anderen über uns ausschüttet. Auch in einer OGM-Vertrauens-Erhebung vom August kommt die Regierung auf den letzten Platz, knapp hinter den Medien, deren Glaubwürdigkeit ebenfalls im Sinken ist, was wohl niemanden wundern kann.

Keine Frage, die Zeiten sind mehr als herausfordernd. Die Covid-, Ukraine- und Energiekrise hat uns einen Ausnahmezustand beschert. Nun kommt eine neuerliche Migrationskrise dazu, in der sich die Institutionen – nicht nur im Inland – ohnmächtig erweisen. Die Bürger spüren, dass die Politik von der

Gemengelage der Probleme überfordert ist und sich nicht an den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung, sondern nach den Vorgaben einer kleinen, abgehobenen, aber enorm einflussreichen Meinungselite richtet. Kleine, von niemandem legitimierte, NGOs beherrschen heute – von den Medien tatkräftig unterstützt – den öffentlichen Diskurs – von „refugees welcome“ bis zu Klebeaktionen für das Klima.

Egal welche Maßnahme die Regierung konkret setzt, ist es für die eine Oppositionspartei „zu wenig“, für die zweite „zu spät“ und für die dritte „überzogen“; ähnlich „konstruktiv“ sind die Beiträge vieler Medien. Der Bürger ist irritiert. Das anhaltende, kleinliche Hick-Hack, vor allem auch über Themen, die die Menschen nur mäßig interessieren, zerstört zusätzlich Glaubwürdigkeit. Während handfeste Probleme nach soliden Lösungen verlangen, beschäftigt sich der tägliche Erregungsjournalis-

mus mit irrelevanten Chats eines fragwürdigen Charakters, der seine eigene Agenda verfolgt.

Wie kommen wir aus dieser negativen Stimmungsspirale wieder heraus? Ein „Schulterchluss“ der konstruktiven Kräfte unseres Landes scheint geboten, aber welche sind dies und wer hat die Autorität einen solchen zu initiieren?

Die Kirchen, die früher oftmals in schwierigen Zeiten Halt und Orientierung bieten konnten, haben offensichtlich abgedankt. Das zeigt aktuell der dramatische Absturz im Vertrauensranking: die katholische Kirche, die 2015 noch 44 Prozent Vertrauen verzeichnen konnte, kommt heuer nur mehr auf 19 Prozent, eine Entwicklung, die auch OGM konstatiert. Und es ist dies leider kein spezifisch österreichischer oder

nur katholischer Abwärtstrend, denn auch in Deutschland etwa stellte „FOWID“ im Vorjahr nüchtern fest, dass „es letztendlich nur mehr 22% sind, die den Kirchen vertrauen“; in der Schweiz ist die Lage ähnlich. Nicht unerwartet konstatiert Hans Rauscher im „Standard“ den „rapiden Bedeutungsverlust der katholischen Kirche als Opinion-Leader. Sie ist, vor allem als Amtskirche, nahezu völlig aus dem gesellschaftlichen Diskurs verschwunden.“ Und er verweist auf Paul Zulehner, dem eine „kräftige Stimme“ der Kirchenleitung fehle.

Diese Erosion des Vertrauens in die Institutionen ist ein gefährlicher Nährboden für außerparlamentarische Kräfte (Stichwort: Gelbwesten) – ein Szenario, das sich kein verantwortungsvoller Bürger wünschen kann.

Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015 Chefredakteur der ACADEMIA.

REZENSIONEN

ZU WASSER DURCH DIE MONARCHIE UND WEITER

Wilhelm Ortmayr (Lo, Ndw)

Die Handelsmarine der östlichen Adria vor 1918 ist ein weitgehend unbekanntes, aber ungemein vielfältiges Themengebiet der Geschichte der Monarchie. Ab dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts verfügte Österreich über eine leistungsfähige Handelsschiffahrt, die bereits auf die Dampfmaschine als zukunftsweisenden Antrieb setzte. Dabei spielten Reedereien wie der Österreichische Lloyd, die transatlantische Austro-Americana, die königlich-ungarische Adria oder bis Australien fahrende Levante eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Außenwirtschaft und internationalen Präsenz des habsburgischen Vielvölkerstaates. In der küstennahen Schifffahrt war eine Vielzahl kleinerer, oft nur lokal bekannter Unternehmen aktiv, die eine regelmäßige Verkehrsinfrastruktur aufrechterhielten und Ausflügler nach Abbazia, Brioni, Grado und andere Tourismusdestinationen brachten.

Gregor Gatscher-Riedl (NbW), ebenso Marinefachmann wie Kenner Triests und der Küsten Altösterreichs, bietet in diesem Buch einen Branchenspiegel der zivilen Schifffahrt der Monarchie in Bildern und Texten – einen Querschnitt durch Flotten, Firmenge-

schichten und technische wie wirtschaftliche Daten. Doch er lässt es nicht dabei bewenden, sondern beleuchtet die Rolle der Handelsschiffahrt weit über das rein Wirtschaftliche oder Nautische hinaus. Schiff (und Bahn) waren für den Vielvölkerstaat Atem und Seele zugleich, denn sie schafften Austausch und Verbindung, Wohlstand und ein Stück Gemeinsamkeit, sie waren Visitenkarte, diplomatisches Werkzeug und Erbringer öffentlicher Leistungen für das In- und Ausland. Dass dieser Aspekt in dem reich illustrierten Band nicht zu kurz kommt, macht ihn doppelt wertvoll.



Gregor Gatscher-Riedl (NbW):
**Dampfer unter dem Doppeladler
Handelsschiffe und Reedereien
in der Habsburgermonarchie**

Kral-Verlag, Wien, 2022
ISBN: 978-3-99103-074-4

**FESTSCHRIFT FÜR
VERDIENENTEN JURISTEN
UND POLITOLOGEN**
Gabriel Wichtl (KBB)

Law and Politics – Festschrift für Joseph Marko ehrt den kürzlich in den Ruhestand getretenen Universitätsprofessor für Öffentliches Recht und Politik-

wissenschaften Joseph Marko (Cl). In seiner eindrucksvollen Karriere bekleidete Marko wichtige internationale und nationale Ämter, die sich auch im Inhalt der Festschrift widerspiegeln, etwa das Amt des internationalen Richters am Verfassungsgerichtshof von Bosnien-Herzegowina, jenes des Rechtsberaters zur Wiedervereinigung Zyperns und nicht zuletzt das des Dekans der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz.

Daher überrascht es nicht, dass sich seine Laufbahn thematisch wie ein roter Faden durch die fast 1200 Seiten starke Festschrift zieht. Von Beiträgen zum Wesen der Rechts- und Politikwissenschaften über solche zum Verfassungsrecht und das Wesen der Universitäten bis hin zu Arbeiten über politische und rechtliche Aspekte in Südosteuropa, dem Selbstbestimmungsrecht und Religion, u.v.a.m.

Unter den Autoren der Festschrift sind auch mehrere Mitglieder des ÖCV: Verfassungsrechtsprofessor Klaus Poier (BbG), Mitherausgeber der Festschrift, widmet sich der direkten Demokratie und bringt Klarheit in den Dschungel der verschiedenen Formen und Definitionen. Gerhard Jandl (Kb), Botschafter Österreichs beim Europarat von 2018 bis 2022, gibt einen kenntnisreichen

Einblick in die Geschichte und das Wirken des Europarates, insbesondere im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte. Der Leiter der Hochschulsektion im Bildungsministerium, Elmar Pichl (Trn), ebenso Mitherausgeber, schreibt über die Betreuungrelation zwischen Student und Lehrperson im österreichischen Hochschulbetrieb und Zielsetzungen zur Verbesserung des Ausbildungsniveaus. Heribert Wulz (BbG), ebenfalls Bildungsministerium, widmet sich dem Universitätsrat und dessen Aufgaben. Eine wirklich gelungene Sammlung spannender Beiträge zu Themen, die den zu Ehrenden stets begleiteten. Das Buch ist eine bereichernde Ergänzung für die Hausbibliothek rechtlich und politisch Interessierter.



Meinrad Handstanger et al. (Hg.):
**Law and Politics – Festschrift
für Joseph Marko**
Nomos-Verlag Baden-Baden 2022
ISBN 978-3-7489-3311-3



**DAS STÄRKSTE: DACH UND
SOLARKRAFTWERK IN EINEM.**

WWW.PREFA.SOLAR

DAS ERSTE DACH, DAS DIE KRAFT DER SONNE VOLLFLÄCHIG NUTZT.

Die Weltneuheit PREFA Solar ist Dach und Solarkraftwerk in einem und die Antwort auf herausfordernde Zeiten. Denn mit der zukunftsweisenden, nachhaltigen, extrem widerstandsfähigen und zugleich optisch äußerst eleganten Technologie made in Austria erzeugen Hausbesitzer ihren eigenen Strom und machen sich so komplett unabhängig. Was noch alles dafür spricht? Werfen Sie einen Blick auf unsere Website. Gewinnen Sie einen umfangreichen Einblick unter www.prefa.solar.



**PREFA
SOLAR**



gemeinsam besser leben